



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 10 Mai, 2 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Aus dem Privatgespräch mit Ptaah vom Sonntag, den 28. November 2021, beim 787. Kontakt

Ptaah Ja, darüber muss ich mit dir reden, aber privaterweise, denn ... Du darfst dies alles aber noch nicht offen nennen, denn ... Es handelt sich also darum, dass im kommenden Jahr 2022 noch vor dem Frühling in der Ukraine unwiderruflich Krieg ausbrechen wird, denn Amerika und dessen Dunkel-Regierung will das so, um mit der NATO das Ziel zu erreichen, Russland derart zu schwächen, dass ein Regimewechsel zustande kommt. Putin soll abgesetzt und durch einen amerikafreundlichen neuen Machthaber ersetzt werden, während der ukrainische Präsident als williger und höriger Lakai Amerikas nach dem Willen der USA alles tun wird, um deren Ansinnen und Bemühungen zu unterstützen, Russland unter eine neue und amerikafreundliche Führung zu bringen, was letztendlich dazu führen soll, dass Amerika Russland in ihr Weltherrschaftsbegehrt einordnen kann. Dazu werden die Staatsführenden Amerikas alles tun, heimlicherweise gesteuert durch die Elemente der Dunkel-Regierung, die dafür verantwortlich sein werden, dass die USA im Hintergrund geheimerweise den Krieg in der Ukraine derart führen wird, dass Russland stark in Bedrängnis gerät. Die wahre Kriegführung wird also nicht durch den amerikahörigen Lakaien Präsident Selensky erfolgen, sondern durch Amerikas Staatsführende und Militärs, die im Hintergrund gesteuert werden wird durch die Dunkel-Regierung der USA. ...

Will der Westen einen Atomkrieg?

uncut-news.ch, Mai 9, 2022



Am 1. Mai sprach der US-Gesetzgeber Adam Kinziger in einem CBS-Interview über seinen Gesetzentwurf, der den amerikanischen Präsidenten ermächtigen würde, die Streitkräfte gegen Russland einzusetzen, um dessen «nationale Sicherheitsinteressen» zu schützen und die «territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen», wenn sich bestätigt, dass Moskau Massenvernichtungswaffen eingesetzt hat. Dieser Gesetzentwurf ist Teil eines grösseren Trends. Es hat den Anschein, dass ein Teil der nordamerikanischen politischen und militärischen Elite einen direkten Krieg mit der Russischen Föderation anstrebt – und dabei sogar einen Atomkonflikt riskiert.

Letzten Monat sagte der US-Senator Chris Coons, Washington solle «nicht nur Waffen an die Ukraine schicken», sondern vielmehr die Entsendung von US-Truppen zur «Verteidigung» des Landes in Erwägung ziehen. Diese amerikanischen Behörden erklären im Grunde, dass sich ein regionaler Konflikt in einen Krieg zwischen der NATO und Russland verwandeln (und damit zu einer existenziellen Frage für Moskau werden) und möglicherweise zu einem globalen und nuklearen Krieg eskalieren sollte.

Dies ist der besorgniserregende Höhepunkt einer Rhetorik, die seit Beginn des aktuellen Konflikts anhält. Am 23. Februar sagte der französische Aussenminister Jean-Yves Le Drian auf einer Pressekonferenz, der russische Präsident Wladimir Putin müsse verstehen, dass «die NATO ein Atombündnis ist».

Einen Monat bevor Moskau seine aktuellen Militäroperationen in der Ukraine begann, erklärte Evelyn N. Farkas (ehemalige leitende Beraterin des Obersten Alliierten Befehlshabers der NATO und stellvertretende Verteidigungsministerin für Russland, die Ukraine und Eurasien in der Obama-Regierung), dass Washington dem Kreml ein Ultimatum stellen sollte (mit der Aufforderung, Kiew nicht anzugreifen). Sie forderte die USA auf, «Koalitionsstreitkräfte» zu organisieren, um ein solches Ultimatum «durchzusetzen» und sogar das amerikanische Militär einzusetzen, «um die Russen zurückzudrängen – selbst auf die Gefahr hin, dass es zu direkten Kampfhandlungen kommt». Deutlicher hätte sie nicht sein können. Aber sie scheint keine isolierte Stimme zu sein.

Kurz nach Beginn der gegenwärtigen Krise schlugen drei pensionierte US-Generäle, George Joulwan, Wesley Clark und Philip Breedlove (allesamt ehemalige NATO-Befehlshaber) die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine vor, was dazu führen würde, dass sich das russische und das amerikanische Militär in einem tödlichen Konflikt und Krieg näher kommen.

Robert C. O'Brien, Vorsitzender von American Global Strategies LLC und ehemaliger nationaler Sicherheitsberater des Weissen Hauses (2019–2021), schlug in seinem Meinungsbeitrag vom 19. April eine Reihe von Massnahmen zur «Abschreckung eines Atomkriegs» vor. Dazu gehört auch, dem Kreml eine «Botschaft» über die Folgen des Einsatzes von Atomwaffen zu übermitteln.

Im Grunde genommen sind die amerikanischen Strategen besorgt – so behaupten sie –, dass der Kreml die nukleare Option nutzen könnte, und plädieren daher dafür, dass Washington dies als erstes tun oder sich zumindest darauf vorbereiten sollte – eine gefährliche Art der Argumentation, die nur zu einer weiteren Eskalation führt.

Seth Cropsey, ein Experte für maritime Verteidigungsstrategien und ehemaliger Assistent des Verteidigungsministers (unter Reagan), der heute auch ein einflussreicher Lobbyist und Politiker in Washington ist, geht über O'Briens Vorschlag hinaus und argumentiert, dass die Vereinigten Staaten darauf vorbereitet sein müssen, «einen Atomkrieg tatsächlich zu gewinnen». Dies scheint sogar aus amerikanischer Sicht sinnvoll zu sein, aber das Konzept des «Gewinnens» eines Atomkonflikts ist problematisch – und zwar nicht nur aus Sicht der USA, sondern aus Sicht der gesamten Menschheit.

Die heutigen Atomwaffen sind weitaus leistungsfähiger als die Atombomben von 1945 – das einzige Mal, dass derartige Waffen jemals eingesetzt wurden. Die beiden Bomben, die auf Hiroshima und Nagasaki

abgeworfen wurden, würden heute als «low-yield» gelten. Einige der aktuellen thermonuklearen Waffen, über die Russland und die Vereinigten Staaten verfügen, sind mehr als 3000mal so stark wie die Hiroshima- und Nagasaki-Bomben. Die bisher grösste jemals getestete Atomwaffe war die so genannte Zar-Bombe, die 1961 von der Sowjetunion über der Insel Nowaja Semlja (nördlich des Polarkreises) gezündet wurde. Sie erzeugte eine 50-Megatonnen-Explosion und einen Atompilz, der etwa 4,5mal so hoch war wie der Mount Everest. Die Menschen konnten den Blitz aus einer Entfernung von bis zu 630 Meilen (1013 Kilometer) sehen.

Eine 100-Kilotonnen-Atombombe, die beispielsweise auf New York City abgeworfen wird, könnte nach Angaben von Nukemap, einer vom Stevens Institute of Technology geförderten Website, über 580'000 Menschen töten. Ein Atomkrieg hätte also heute eine unvorstellbare Zerstörungskraft.

Eine wissenschaftliche Studie aus dem Jahr 2019, an der Experten des US-amerikanischen National Center for Atmospheric Research, des Fachbereichs Umweltwissenschaften der Rutgers University und anderer Einrichtungen beteiligt waren, analysierte ein Szenario, in dem die Atommacht Indien strategische Waffen einsetzt, um die städtischen Zentren ihres atomaren Rivalen Pakistan anzugreifen. Die Studie kam zu dem Schluss, dass in diesem Szenario bis zu 125 Millionen Menschen sterben würden.

Darüber hinaus würden die nuklear gezündeten Brände nicht nur gefährliche Mengen an Radioaktivität verbreiten, sondern auch bis zu 36 Tg schwarzen Kohlenstoff freisetzen, der in die obere Atmosphäre gelangen würde, wodurch die Sonne blockiert würde und die Temperaturen weltweit auf ein noch nie dagewesenes Niveau sinken und auch die Niederschläge um bis zu 30% zurückgehen würden. Inmitten dieser Dunkelheit und Dürre würde die Nahrungsmittelproduktion mit Sicherheit zusammenbrechen, was zu einer weltweiten Hungersnot und weiteren Todesopfern führen würde. Die Erholung würde mindestens 10 Jahre dauern, und die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Auswirkungen weltweit könnten die moderne Zivilisation schlichtweg zerstören. Es ist nur logisch anzunehmen, dass ein ähnliches Szenario eintreten würde, wenn es zu einem Atomkonflikt zwischen Russland und der NATO käme.

Die gefährlichen Zeiten, in denen wir leben, erfordern gute Diplomatie und viele Tischgespräche. Anstatt über Szenarien der «nuklearen Vorherrschaft» zu diskutieren, sollten verantwortungsbewusste westliche Politiker daran arbeiten, die diplomatischen Kommunikationskanäle mit Moskau wieder zu öffnen. Die harte Wahrheit ist, dass es in einem Atomkriegsszenario keine wirklichen Gewinner geben würde.

QUELLE: DOES THE WEST DESIRE NUCLEAR WAR?

Quelle: <https://uncutnews.ch/will-der-westen-einen-atomkrieg/>

BAERBOCK: DAUERFEUER! Mehr Waffen, keine Verhandlungen

Autor: Uli Gellermann / Datum: 28.04.2022

Annalena Baerbock hat einen Drang zur Ehrlichkeit: Die Aussenministerin betonte, dass die Entscheidung zur Genehmigung von Panzerlieferungen an die Ukraine «kein Schnellschuss» gewesen sei. Offenkundig will die Baerbock auf Kriegspfad ein Dauerfeuer gegen Russland richten. Nach von der Leyen hat sich auch die GRÜNE in den Schützengraben der Bellizisten begeben und schreit in Richtung Ukrainefront: «Sonst müssten wir der Ukraine sagen: «Kämpft allein», und das wollen wir nicht tun. Wir stehen in Solidarität an der Seite der Ukraine.»

Deutschland wird zur Kriegspartei

«An der Seite der Ukraine», das macht Deutschland zur Kriegspartei: Luftabwehrpanzer vom Typ Gepard sollen russische Flugzeuge abschiessen, im Rahmen eines Ringtausches werden Kampfpanzer aus Slowenien russische Panzer bekämpfen und die Firma Rheinmetall darf ein gutes Geschäft machen, wenn sie 88 Leopard-Kampfpanzer direkt ab Fabrik liefert. Dieser klassische Panzer ist eindeutig eine Offensivwaffe und könnte, wenn die russische Armee ihn nicht daran hindert, den Krieg in das Land des Gegners tragen: Baerbock und Konsorten wissen ja, wer der Feind ist und steuern die traditionelle Panzerschlacht an. Die letzte deutsche Panzerschlacht fand im April 1945 rund um Bautzen statt, und sie ging verloren.

Militante Aussenpolitik

Dem mächtigen Deutschen langt der russische Feind offenkundig nicht. Die Bundeswehr wird im September Kampffjets zu Kriegsübungen in die Asien-Pazifik-Region entsenden. Dies bestätigte die Luftwaffe anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Japan. In dieser Region lauert mit China der nächste Gegner. «Viel Feind viel Ehr!» war der Wahlspruch des Landsknechtführers Georg von Frundsberg. Tatsächlich trägt die militante Aussenpolitik der Bundesregierung mittelalterliche Züge.

Übergrosse deutsche Kriegskoalition

Die übergrosse deutsche Kriegskoalition ist nicht neu. Ähnliche Kräfte wie heute haben schon 2016 deutsche AWACS-Aufklärungsflüge im Interesse der NATO nach Syrien befohlen. Und im ersten Halbjahr 2020 lieferte Deutschland Waffen im Wert von 1,3 Milliarden Euro in Länder, die am Libyen-Krieg beteiligt waren. Zwar hat Kanzler Scholz bisher eine zurückhaltende Strategie bei der Lieferung schwerer Waffen behauptet, auch, dass er ein Übergreifen des Krieges auf die NATO vermeiden wolle. Aber wie will er den Russen die Ausbildung ukrainischer Soldaten auf deutschem NATO-Boden erklären? Aber für Erklärungen hat er ja seine wortgewandte Aussenministerin. Die meinte jüngst, es gehe darum, «dass wir die Ukraine, die mutigen Menschen dort vor Ort, bei ihrem Kampf für ihre Freiheit, für ihren Frieden und für unsere europäische Sicherheitsordnung unterstützen». So war es schon bei Hitler, für den ging die europäische Sicherheitsordnung mindestens bis zum Ural.

Weiterkämpfen! Bis zum letzten Ukrainer!

Das Wort «verhandeln» ist aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verschwunden. Der irrlichternde ukrainische Präsident Selensky hat zwar mal was von einem neutralen Status der Ukraine erzählt, aber dafür fehlt ihm offenkundig die NATO-Genehmigung: Er müsste nur die Waffen niederlegen, und sofort würden die Russen verhandeln. Aber statt dieser Erlaubnis bekommt er aus Washington und Berlin nur weitere Waffen. Diese Botschaft ist eindeutig: Weiterkämpfen! Bis zum letzten Ukrainer! Die NATO-Stäbe glauben zwar nicht an einen Sieg, hoffen aber auf ein geschwächtes Russland. Das war vor dem Krieg das Ziel, als die USA die Ukraine unbedingt zum NATO-Mitglied machen wollten und das ändert sich auch in der Zeit des Krieges nicht. Dass diese Haltung von den Russen als Signal verstanden wird, will man im Lande Bearbock nicht begreifen. Die Russen werden nur zwei Möglichkeiten sehen: Sich selbst zu unterwerfen oder die Ukraine.

Ein echtes Zeichen der Solidarität

Wer jetzt in Deutschland so tut, als sei er mit der Lieferung schwerer Waffen auf der Seite der Ukraine, der will die Menschen des geplagten Landes nur als Kanonenfutter im tödlichen NATO-Spiel einsetzen. Wer den Ukrainern wirklich helfen will, der schickt keine Waffen, der wirft Baerbock, von der Leyen & Co. einfach über der Ukraine ab: Das wäre ein echtes Zeichen der Solidarität.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/baerbock-dauerfeuer>

Analyse der Höhepunkte des jüngsten Interviews des Chefs des russischen Sicherheitsrates Patruschew

uncut-news.ch, Mai 6, 2022

In diesem Beitrag sollen die Höhepunkte des Patruschew-Interviews analysiert werden, um alles in den richtigen strategischen Kontext zu stellen. Es folgt eine Sammlung von Schlüsselzitate und eine Interpretation der einzelnen Aussagen, bevor die Analyse mit einigen Worten abgeschlossen wird.

Der Chef des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, gab letzte Woche der «Rossijskaja Gaset» ein umfassendes Interview, das für jeden lesenswert ist, der sich für Russlands laufende militärische Sonderoperation in der Ukraine und die Konturen des globalen Systemwechsels, den sie beschleunigt hat, interessiert. Das Übersetzerteam des Saker hat dazu beigetragen, das englischsprachige Publikum auf das Interview aufmerksam zu machen, indem es die maschinelle Übersetzung des Interviews verfeinerte, bevor es auf seiner Website veröffentlicht wurde.

«Washington hat in seinem Bestreben, seine Hegemonie zu konsolidieren und sich dem Zusammenbruch der unipolaren Welt zu widersetzen, Krisen verursacht und tut dies auch weiterhin. Die Vereinigten Staaten tun alles, um sicherzustellen, dass andere Zentren der multipolaren Welt es nicht einmal wagen, ihren Kopf zu erheben, und unser Land hat es nicht nur gewagt, sondern öffentlich erklärt, dass es sich nicht an die auferlegten Regeln halten wird. Man hat versucht, Russland zu zwingen, seine Souveränität, Identität, Kultur und unabhängige Aussen- und Innenpolitik aufzugeben. Wir haben kein Recht, diesem Ansatz zuzustimmen.»

* Die USA führen einen multidimensionalen hybriden Krieg gegen Russland als Strafe für die Weigerung der russischen Führung, ihre objektiven nationalen Interessen zur Unterstützung der amerikanischen zu opfern. Diese Kampagne wird aus einer Position der Verzweiflung und nicht der Stärke herausgeführt, da die USA wissen, dass die einzige Alternative darin besteht, ihre schwindende Hegemonie zu akzeptieren. Die sich abzeichnende multipolare Weltordnung ist unumkehrbar und unvermeidlich, aber ihr Tempo kann durch die Einmischung der USA noch verlangsamt werden. Der Widerstand Russlands gegen dieses

grosse strategische Komplott zeigt jedoch, dass es trotz der Hindernisse der USA weiterhin Fortschritte geben wird.

26.04.2022 18:00

Рубрика: Власть



Патрушев: Запад создал империю лжи, предполагающую уничтожение России

Текст: Иван Егоров

Российская газета - Федеральный выпуск № 91(8739)

О задачах специальной операции России и роли США в поддержке неонацистов в интервью "Российской газете" рассказал секретарь Совета безопасности РФ Николай Патрушев. А еще - о ближайшем будущем Европы, российском золотовалютном запасе и санкциях. А также о том, какие перемены ждут нашу страну в ближайшем будущем.



Николай Патрушев: Запад создал империю лжи, предполагающую унижение и уничтожение России. Фото: Михаил Силицын/ РГ

«In dem Versuch, Russland zu unterdrücken, haben die Amerikaner mit Hilfe ihrer Schützlinge in Kiew beschlossen, einen Gegenpol zu unserem Land zu schaffen, indem sie zynisch die Ukraine ausgewählt und versucht haben, ein Volk zu spalten. Nachdem es Washington schon vor dem Staatsstreich 2014 nicht gelungen war, der Ukraine etwas Positives zu bieten, förderte es die Idee der Exklusivität der ukrainischen Nation und den Hass auf alles Russische.»

* Die USA führen in der Tat einen Stellvertreterkrieg gegen Russland durch die Ukraine, die seit dem Putsch von 2014 ihr neonazistischer Vasallenstaat ist. Das Projekt, dort künstlich ein «Anti-Russland» aufzubauen, ist der Inbegriff hybrider Kriegsführung, da es ein radikales soziokulturelles Engineering der betroffenen Bevölkerung beinhaltet. Das Ergebnis war für sie jedoch katastrophal, da es direkt zu Russlands Sondereinsatz führte.

«Die Geschichte lehrt jedoch, dass Hass niemals ein verlässlicher Faktor der nationalen Einheit sein kann. Wenn es etwas gibt, das die heute in der Ukraine lebenden Völker eint, dann ist es nur die Angst vor den Gräueltaten der nationalistischen Bataillone. Deshalb kann das Ergebnis der Politik des Westens und des von ihm kontrollierten Kiewer Regimes nur der Zerfall der Ukraine in mehrere Staaten sein.»

* Beobachter sollten Patruschews geopolitische Vorhersage, dass Lenins unnatürliches Minireich in eine Reihe kleinerer Staaten nach dem Vorbild des Donbass zerfällt, nicht übersehen. Dies untermauert das Szenario, dass es in den befreiten Gebieten der ehemaligen Ukraine, die derzeit unter dem Schutz der russischen Streitkräfte (RAF) stehen, zu weiteren Unabhängigkeitsreferenden kommen wird.

«Die meisten Ukrainer, die in den Westen gekommen sind, glauben, dass die Europäer sie unterstützen und für sie sorgen sollten, und wenn sie zur Arbeit gezwungen werden, beginnen sie zu rebellieren. Vertreter der kriminellen Gemeinschaft, die aus der Ukraine geflohen sind, werden versuchen, Nischen zu besetzen, die für sie günstig sind, lokale kriminelle Gruppen unter Kontrolle zu bringen, was zweifellos mit einem Anstieg der Kriminalität in Europa einhergehen wird.»

* Gemäss der tiefen Einsicht, die die Ivy-League-Gelehrte Kelly M. Greenhill in ihrem 2010 erschienenen Buch zu diesem Thema erstmals geteilt hat (und die in einem akademischen Papier zusammengefasst wurde, das sie damals für die Naval Postgraduate School in Calhoun veröffentlichte), stellen diese ukrainischen Flüchtlinge tatsächlich sogenannte «Massenmigrationswaffen» (WMM) dar, die die Gesellschaften, die sie aufgenommen haben, destabilisieren. Europa wird seine Entscheidung, sich über die Ukraine an

dem von den USA geführten Stellvertreterkrieg gegen Russland zu beteiligen, irgendwann bereuen, wenn sich die Lage zuspitzt.

«Vor dem Hintergrund der antirussischen Sanktionen stürzt die Welt allmählich in eine noch nie dagewesene Nahrungsmittelkrise. Dutzende Millionen Menschen in Afrika oder im Nahen Osten werden wegen des Westens am Rande des Verhungerns stehen. Um zu überleben, werden sie nach Europa strömen. Ich bin mir nicht sicher, dass Europa die Krise überleben wird.»

* Europas möglicher völliger Zusammenbruch wird vielleicht nicht durch die ukrainische WMM verursacht, sondern durch die Menschen aus dem globalen Süden, die auf den Kontinent fliehen werden, um ihre drohenden Nahrungsmittelkrisen zu überstehen. Es ist wirklich schwer vorstellbar, wie Europa diese buchstäblich zivilisatorische Krise, die sich anbahnt, überleben soll. Wie auch immer sie ausgeht, Europa wird wahrscheinlich nicht wiederzuerkennen sein, wenn alles vorbei ist.

«Es ist wahrscheinlich, dass die ultrarechte Stimmung zunimmt, angeheizt durch Zehntausende von ausgebildeten und kampferfahrenen ukrainischen Radikalen, die bereits eine gemeinsame Sprache mit europäischen Hitler-Fans gefunden haben.»

* Inmitten der WMM-getriebenen Existenzkrise seiner Zivilisation, die im vorangegangenen Punkt beschrieben wurde, wird Europa wahrscheinlich auch gezwungen sein, sich mit internen rechtsextremen Bedrohungen seiner Sicherheit auseinanderzusetzen. Dies ist ein Rückschlag für die Kultivierung solcher Kräfte durch den Block im letzten Jahrzehnt als antirussische Stellvertreter.

«Der amerikanische und europäische militärisch-industrielle Komplex jubelt, weil er dank der Krise in der Ukraine mit Aufträgen überhäuft wird. Es ist nicht verwunderlich, dass der Westen im Gegensatz zu Russland, das an einem raschen Abschluss einer speziellen Militäroperation und der Minimierung von Verlusten auf allen Seiten interessiert ist, entschlossen ist, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen.»

* Der militärisch-industrielle Komplex des Westens unter Führung der USA hat ein Interesse daran, den Stellvertreterkrieg gegen Russland durch die Ukraine auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Für das ukrainische Volk, das als Stellvertreter für die RAF in der Ost- und Südukraine missbraucht wird, ist das natürlich eine Katastrophe. Das MIC wird dennoch alles tun, um den Konflikt so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, da er sehr profitabel ist.

«Einst träumte der Hitlerfaschismus davon, die gesamte russische Bevölkerung zu vernichten, und heute versuchen seine Anhänger in blasphemischer Weise, dies mit den Händen der Slawen zu tun, ganz im Sinne Hitlers. Russland wird dies nicht zulassen.»

* Der gegenwärtige Konflikt kann als eine Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs betrachtet werden, da der von den USA geführte Westen faschistische Kräfte als seine wichtigsten antirussischen Stellvertreter unterstützt. Diese Rolle wurde damals von Adolf Hitlers Nazi-Deutschland gespielt, während sie heute von der neonazistischen Ukraine nach dem Putsch gespielt wird.

«Amerika hat lange Zeit die ganze Welt in Vasallen und Feinde unterteilt. In den Vereinigten Staaten wird den Menschen von Kindesbeinen an beigebracht, dass Amerika eine strahlende Stadt auf einem Hügel ist und der Rest der Menschheit nur ein Versuchsfeld für Experimente und ein Anhängsel von Ressourcen.»

* Der «American Exceptionalism» ist eine diskreditierte suprematistische Ideologie, die objektiv als eine Variante des Faschismus bezeichnet werden kann, sogar als Vorläufer der weltweit berüchtigten Nazi-Sorte, die sich im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs entwickelte. Bedauerlicherweise destabilisieren beide Formen des Faschismus weiterhin die Welt.

«Russland hat den Weg des vollen Schutzes seiner Souveränität, der entschlossenen Verteidigung der nationalen Interessen, der kulturellen und geistigen Identität, der traditionellen Werte und des historischen Gedächtnisses gewählt. Unsere geistigen und moralischen Werte erlauben es uns, wir selbst zu bleiben, ehrlich zu unseren Vorfahren zu sein, das Individuum, die Gesellschaft und den Staat zu bewahren. Die Europäer zum Beispiel haben eine andere Wahl getroffen. Sie haben die sogenannten liberalen Werte übernommen, obwohl es sich in Wirklichkeit um neoliberale Werte handelt. Sie fördern den Vorrang des Privaten vor dem Öffentlichen, einen Individualismus, der die Liebe zum Vaterland unterdrückt, und das allmähliche Absterben des Staates. Es ist jetzt offensichtlich, dass Europa und die europäische Zivilisation mit einer solchen Doktrin keine Zukunft haben.»

* Russlands Politik der «Demokratischen Sicherheit», die sich auf Taktiken und Strategien gegen die hybride Kriegsführung bezieht, ist umfassend. Sie betrifft vor allem dieselben soziokulturellen Aspekte wie Religion, Identität, Werte und Geschichte, die heute vom US-geführten Westen als Waffe eingesetzt werden. Der Kurs der eurasischen Grossmacht ist in dieser Hinsicht das genaue Gegenteil von dem ihrer europäischen Rivalen, die sich offen einer selbstzerstörerischen soziokulturellen Politik verschrieben

haben, die unweigerlich zum Zusammenbruch ihrer Zivilisation führen wird. Der Block ist für eine dystopische, postmoderne Zukunft bestimmt. Russlands Zukunft mag zwar nicht utopisch sein, aber sie bietet den Menschen eine bessere Chance, sozial und geistig zu gedeihen.

«Vergessen Sie nicht, dass alle historischen Umwälzungen mit der Verbreitung von populären, aber potenziell zerstörerischen Ideen beginnen. Denken Sie an die Französische Revolution. Aus ihren falsch interpretierten Parolen entstand die Tyrannei Napoleons, der halb Europa in Blut ertränkte, aber an Russland die Zähne ausbiss... Etwas mehr als hundert Jahre später erschien die Ideologie des Nationalsozialismus.»

* Der Ukraine-Konflikt fügt sich nahtlos in das historische Kontinuum Europas ein, denn er ist das jüngste Beispiel dafür, dass eine zerstörerische Ideologie auf dem Kontinent an die Macht kommt und ihn ins Chaos stürzt. Es ist also nicht einzigartig, da es einer bestimmten Logik folgt. Auch das Endergebnis des Ukraine-Konflikts wird wahrscheinlich dasselbe sein: Russland rettet Europa vor sich selbst.

«Unser Land hat historisch gesehen eine besondere Rolle bei der Gestaltung nicht nur des geopolitischen, sondern auch des moralischen Klimas in der Welt gespielt.»

* Der Kontrast zwischen Russlands gesundem/gemäßigtem/vernünftigem Konservatismus und der hyper-liberalen Ideologie des von den USA geführten Westens untermauert die Andeutung, dass Russland das heutige moralische Klima prägt.

«Die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Wirtschaft in einem konstanten Vorkrisenzustand zu halten, und pumpen ihre Banken, Unternehmen und die Bevölkerung aktiv mit Geld voll, das durch Staatsanleihen gesichert ist. Das Ergebnis waren hohe Inflationsraten in Amerika und Europa. Gleichzeitig überstieg die Auslandsverschuldung der USA 30 Billionen Dollar. Doch aus irgendeinem Grund diskutieren die Amerikaner über einen möglichen Zahlungsausfall Russlands. Es ist an der Zeit, dass sie in Verzug geraten. Um die negativen Folgen der bisherigen Politik zu überwinden und neue Möglichkeiten der Bereicherung zu schaffen, schaffen die Vereinigten Staaten eine globale Krise. Das heisst, sie wollen ihre Probleme auf Kosten des Rests der Welt lösen, übrigens vor allem auf Kosten Europas.»

* Der Ukraine-Konflikt ist nicht nur ein ideologischer und geopolitischer, sondern auch ein wirtschaftlich-finanzieller Konflikt. Patruschew hat Recht mit seiner Beschreibung der kontraproduktiven Politik der USA, die schon längst zur Zahlungsunfähigkeit der USA geführt hätte, wenn sie nicht das Zentrum des globalen Finanzsystems wären. Wie dem auch sei, ihre ehemals hegemoniale Rolle nimmt angesichts des fortschreitenden globalen Systemwechsels zur Multipolarität rapide ab, was ein wichtiger Grund dafür ist, dass sie mit ihrem Stellvertreterkrieg gegen Russland über die Ukraine das Chaos in Europa mit Waffengewalt anheizen. Natürlich gibt es auch noch andere Motive, aber die wirtschaftlich-finanziellen waren die wichtigsten und verdienen es, von interessierten Beobachtern genauer untersucht zu werden.

«Damit ein nationales Finanzsystem souverän werden kann, müssen seine Zahlungsmittel einen inneren Wert und Preisstabilität haben, ohne an den Dollar gekoppelt zu sein. Unsere Experten arbeiten an einem von der wissenschaftlichen Gemeinschaft vorgeschlagenen Projekt zur Schaffung eines Währungs- und Finanzsystems mit zwei Kreisläufen. Insbesondere wird vorgeschlagen, den Wert des Rubels dadurch zu bestimmen, dass er sowohl durch Gold als auch durch einen Rohstoffkorb gedeckt ist, und den Rubelkurs an die reale Kaufkraftparität anzupassen.»

* Da sich das globale Finanzsystem im Zuge der sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung verändert, ist es nur natürlich, dass Russland ernsthaft nach den besten Optionen sucht, um seine Interessen während dieses laufenden Übergangs am wirksamsten zu wahren. Auch wenn offiziell noch nichts allzu Bedeutendes in die Politik eingeflossen ist, so ist es doch sehr ermutigend, dass Patruschew erklärte, dass russische Experten aktiv daran arbeiten, was darauf schliessen lässt, dass bald einige wichtige Ankündigungen gemacht werden könnten.

«Sie widersprechen nicht den Wirtschaftstheorien, sondern den westlichen Wirtschaftslehrbüchern. Der Westen hat einseitig ein intellektuelles Monopol auf die optimale Struktur der Gesellschaft errichtet und benutzt es seit Jahrzehnten.»

* Auf die Frage des Interviewers, ob seine Ideen den Wirtschaftstheorien widersprechen, erinnerte Patruschew eindringlich daran, dass das intellektuelle Monopol des Westens auf die optimale Struktur der Gesellschaft eines der Mittel des Hybriden Krieges ist, mit denen er seine inzwischen schwindende Hegemonie begründet hat.

«Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Schockreformen der 1990er Jahre in unserem Land streng nach amerikanischen Vorgaben durchgeführt wurden. Die Faszination unserer Unternehmer, die aus dieser Ära hervorgegangen sind, für Marktmechanismen allein, ohne die Besonderheiten unseres Landes zu berücksichtigen, ist ein Risikofaktor.»

* Als einer der höchsten Sicherheitsbeamten Russlands sollte man Patruschews Warnung beherzigen, dass das blinde Aufzwingen ausländischer Wirtschafts- und Finanzmodelle ohne Rücksicht auf die Besonderheiten des Landes, in dem sie umgesetzt werden, ein grosses, möglicherweise sogar existenzielles Risiko für die nationale Sicherheit darstellt.

«Russland bewegt sich vom europäischen Markt hin zu den Märkten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Wir schenken der Eurasischen Wirtschaftsunion, deren Bedeutung unter den derzeitigen Bedingungen zunimmt, vorrangige Aufmerksamkeit. Wir verstärken die Zusammenarbeit mit den BRICS- und SCO-Ländern, die rund dreieinhalb Milliarden Menschen auf der Welt vereinen.»

* Die beispiellosen Sanktionen unter Führung der USA zwangen Russland, die verlorene Zeit im globalen Süden endlich aufzuholen, nachdem es diese Mehrheit der Menschheit in den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der UdSSR praktisch vernachlässigt hatte. Die Pläne Russlands, eng mit den BRICS und der SCO zusammenzuarbeiten, zeigen, dass die russische Führung endlich die globale strategische Bedeutung dieses Teils der Welt erkannt hat.

«Ich bin aufrichtig davon überzeugt, dass wir uns nicht erfolgreich entwickeln können, wenn nicht die gesamte Gesellschaft ein klares Verständnis für unsere nationalen Ziele und Absichten sowie für die ganze Tiefe unserer geistigen und historischen Identität hat. Deshalb sollte jeder Bürger unseres Landes, jeder Russe, von Kindesbeinen an wissen und verstehen, wofür wir alle als ein einziges Volk leben und arbeiten, und wonach wir streben.»

* Die russische Politik der «Demokratischen Sicherheit» wäre unvollständig, wenn sie nicht auch eine wichtige Rolle für den Bildungsprozess im Lande vorsehen würde. Es ist von grösster Bedeutung, die nächste Generation gegen die ideologischen Viren des US-geführten Westens zu impfen. Eine Reform der Lehrpläne, die die einzigartige geistige und historische Identität der russischen Zivilisation hervorhebt, ist daher im aktuellen Kontext des hybriden Krieges dringend erforderlich.

«Der Westen handelt weiterhin nach der unmenschlichen Doktrin der «goldenen Milliarde», die eine erhebliche Verringerung der Weltbevölkerung auf verschiedene Weise impliziert. Zu diesem Zweck hat der Westen böswillig ein Lügenimperium geschaffen, das die Demütigung und Zerstörung Russlands und anderer unerwünschter Staaten beinhaltet.»

* Patruschews Warnung vor dem globalen Entvölkerungsplan des von den USA geführten Westens spiegelt die frühere Warnung des Chefs der Auslandsspionage Sergej Naryschkin vor der Weltordnung von Davos wider. Diese Warnungen sollten ernst genommen werden, da die supremazistischen Ideologen, die derzeit die westliche Politik bestimmen, in der Tat die totale Zerstörung ihrer Feinde planen, und zwar auf eine Art und Weise, die als völkermörderisch bezeichnet werden kann, z. B. durch Bombardierung und Aushungierung von Zivilisten.

«Die Zerstörung unserer Bildung durch die Auferlegung sogenannter progressiver Bildungsmodelle ist eine ebenso strategische Aufgabe für den Westen wie beispielsweise die Annäherung der NATO an unsere Grenzen. In Wirklichkeit gibt es dort nichts Fortschrittliches. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel sagen viele Leute bereits, dass man im Mathematikunterricht singen und tanzen sollte, weil das Lösen von Problemen und Gleichungen jemanden unterdrückt und diskriminiert. Wir brauchen keinen solchen «Fortschritt».

* Die sogenannte «Wokeness» ist in der Tat eine völlig chaotische Ideologie, die der von den USA geführte Westen als Teil seines hybriden Krieges gegen Russland mit allen Mitteln zu einer Waffe gemacht hat. Die Infiltration und anschliessende virale Verbreitung der damit verbundenen falschen «Werte» in den Zielgesellschaften soll diese von innen heraus zerstören, genau wie es bereits mit den USA und der EU geschehen ist, deren Eliten sich selbst als Puppenspieler sehen, die die ideologischen Fäden ihrer Stellvertreter ziehen, um ihre Rivalen auf Dauer zu spalten und zu beherrschen.

In Anbetracht der obigen Schlaglichter, die aus Patruschews jüngstem Interview analysiert wurden, ist klar, dass dieser Sicherheitschef ein sehr solides Verständnis aller Dimensionen seines Fachgebiets hat, insbesondere der geopolitischen sowie der wirtschaftlichen und der «demokratischen Sicherheit». Der Krieg des von den USA geführten Westens gegen Russland ist historisch beispiellos, wenn man bedenkt, dass die moderne Technologie und die sich entwickelnde globalisierte Wirtschaft dem Westen zusätzliche Möglichkeiten zur Destabilisierung seines Ziels eröffnet haben. Nichtsdestotrotz widersetzt sich dieser Zivilisationsstaat nach wie vor energisch den Bemühungen seiner Rivalen, ihn als «Juniorpartner» zu unterwerfen und damit seine objektiven nationalen Interessen zu opfern. Russland wird sich weiterhin gegen diesen hybriden Krieg verteidigen und damit andere Länder des Globalen Südens inspirieren, dies ebenfalls zu tun.

QUELLE: ANALYZING THE HIGHLIGHTS OF RUSSIAN SECURITY COUNCIL CHIEF PATRUSHEV'S LATEST INTERVIEW

ÜBERSETZUNG: LZ

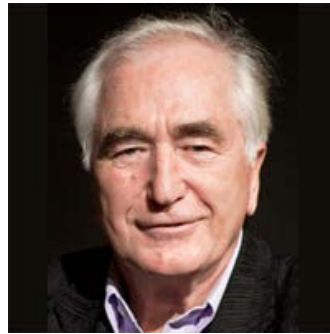
Quelle: <https://uncutnews.ch/analyse-der-hoehepunkte-des-juengsten-interviews-des-chefs-des-russischen-sicherheits-rates-patruschew/>

Wer keinen Krieg will, muss das Gespräch mit anderen Menschen suchen.

Dringend. Unentwegt.

Albrecht Müller, 5. Mai 2022 um 8:50

Umfragen zeigen Mehrheiten für die Lieferung schwerer Waffen. Und die militantesten Befürworter von Waffenlieferungen und die Aggressivsten im Umgang mit Russland, Baerbock und Habeck, sind zugleich die populärsten Politiker. So ist die Lage. Und sie ist schlimm. Wir müssen dennoch versuchen, die Mehrheiten zu kippen. Wir müssen versuchen, Mehrheiten gegen den drohenden Krieg zu schaffen. Die NachDenkSeiten werden mit dafür besonders aufbereiteten Informationen helfen. Wir denken zusätzlich über die Elemente einer Gesprächskampagne nach. Wenn nur 1/5 der täglichen NachDenkSeiten-Leserinnen und -Leser, wenn also 60'000 Menschen sich vornehmen, mit ihren Nachbarn und Kollegen, mit ihren Freunden und Familien zu sprechen, wenn sie auf das vorhandene Kriegsrisiko hinweisen, wenn sie erläutern, welche Gefahr die Sanktionen für unser wirtschaftliches und soziales Überleben darstellen, dann wird das Wirkung zeigen. – Elemente einer solchen Kampagne werde ich morgen Abend bei einem Gespräch in den Räumen der Buchkomplizen/Westend Verlag mit den Gästen beraten.



Ein Artikel von: Albrecht Müller

Zurück zum Versuch, das Meinungsbild umzudrehen:

Das ist schwierig, aber nicht hoffnungslos. Siehe diese Umfrage:

Mehrheit der Bürger befürchtet Ausweitung des Kriegs – Zustimmung zu Waffenlieferungen sinkt .

Das macht ein bisschen Mut.

Aus meiner Sicht gibt es einige andere Ansatzpunkte für die Gesprächskampagne «Nie wieder Krieg» (Arbeitstitel). Drei will ich nennen:

Erstens: Vermutlich der überwiegenden Mehrheit ist sich noch nicht bewusst, in welchem Masse die Sanktionen auf ihren eigenen bescheidenen Wohlstand zurückschlagen werden. Bei Äusserungen des Bundeswirtschaftsministers Habeck wird sichtbar, dass er diese Gefahr (für seine kriegsfördernde Position) sieht. Er prognostiziert erstaunlich deutlich, dass sich der Verzicht auf russisches Öl, der mit der neuen Sanktionswelle verbunden ist, im Geldbeutel der Leute bemerkbar machen wird und zwar massiv. Habeck versucht offensichtlich, durch Vorhersage der auch von ihm verursachten Folgen die «Rache» zu entschärfen. Das genau ist unser Ansatzpunkt.

Zweitens: Vielen Menschen ist überhaupt nicht bewusst, was Atomkrieg bedeutet und wie wahrscheinlich er ist. Hier besteht ein riesiger Informationsbedarf, den wir gemeinsam decken müssen. Nutzen wir auch Videos und Filme, die zeigen, wie ein Atomkrieg aussehen könnte und aussieht.

Drittens: Das ganze Elend und auch das hohe Kriegsrisiko verdanken wir wesentlich unserem Verbündeten USA, seinen fortwährenden Weltmachtambitionen und seiner rücksichtslosen Kriegslust.

Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge, die Erkenntnis über die menschenverachtende Rolle der USA in der Welt ist in den letzten Monaten geschwunden. Die Öffentlichkeitsarbeit der USA und der für sie tätigen Einrichtungen und NGOs ist überwältigend gut. Ausserdem haben sich die Deutschen und andere europäische Regierungen erstaunlich unterwürfig aufgeführt. Aber, ich glaube, dass die noch vor 5–10 Jahren spürbare USA-Skepsis unterschwellig noch vorhanden ist. Ich nannte das einmal einen «virulenten Antiamerikanismus». Auch gab es für diesen meinen Beitrag vom 13. März 2015

«Der Tod kommt aus Amerika» und die Bestätigung durch den Chef von STRATFOR viel Zustimmung. An dieser vorhandenen Skepsis gegenüber den Regierungen, den grossen Interessen und den Geheimdien-

sten der USA muss jede gegen Kriege gerichtete Bewegung ansetzen. Unsere Kritik und unser Widerstand gelten nicht den Amerikanern, sie gelten den Mächtigen.

Das waren nur ein paar wenige Gedanken. Wenn wir eine Gesprächsaktion in Gang setzen wollen, dann muss noch viel mehr dazu kommen. Wir werden die Leserinnen und Leser der NachDenkSeiten auf dem Laufenden halten und ansonsten hoffen wir auf Ihre Mitwirkung.

Als Gesprächsthema für den Freitagabend in Frankfurt war eigentlich die Vorstellung meines erweiterten Standardbuches zu Manipulationen vorgesehen. Die erweiterte Fassung wird am 9. Mai erscheinen.

«Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst.»

Auch darüber werden wir am Freitagabend sprechen, zumal die Manipulationsmethoden eine wichtige Basis der Kriegspropaganda sind, die uns in den letzten Wochen und Monaten überfallen hat.

«Glaube wenig. Hinterfrage alles. Denke selbst.» ist um zwei weitere Methoden der Manipulation, von 17 auf 19, erweitert worden. Ausserdem habe ich sechs neue Fälle von Meinungsmache und die dahintersteckenden Strategien beschrieben.

Nähere Informationen zum Inhalt und zur Ausstattung und zu einem hilfreichen Lesezeichen kommen nächste Woche.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=83542>

«Globale NATO» hat katastrophale Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit

uncut-news.ch, Mai 5, 2022



Als die britische Aussenministerin Liz Truss Ende April die Schaffung einer «globalen NATO» als Teil einer «veränderten Weltordnung» forderte, scheinen nur wenige die Tragweite einer solchen Ankündigung bemerkt zu haben. Die Erklärung folgte dem Aufruf von US-Präsident Joe Biden, der nur vier Wochen zuvor in seiner Warschauer Rede eine «neue Weltordnung» gefordert hatte. Der britische Aussenminister behauptete, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Weltordnung sei gescheitert und die Bildung einer «globalen NATO» sei notwendig, um «den Aufstieg des Westens und der Verbündeten» in globalen Angelegenheiten wiederherzustellen.

«Meine Vision ist eine Welt, in der freie Nationen selbstbewusst und aufstrebend sind. In der Freiheit und Demokratie durch ein Netzwerk von Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaften gestärkt werden.»

Sie betonte, dass der UN-Sicherheitsrat und andere Sicherheitsstrukturen der Nachkriegszeit «so weit verbogen worden sind, dass sie Aggressionen eher ermöglicht als eingedämmt haben». Das Verbiegen (oder völlige Ignorieren) von UN-Regeln, um Aggressionen gegen verschiedene Länder zu ermöglichen, ist mit Sicherheit wahr, nur nicht so, wie Liz Truss denkt.

Die Erklärung kommt inmitten wiederholter Äusserungen der Frustration vieler westlicher Staats- und Regierungschefs darüber, dass von den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats die beiden einzigen nicht-westlichen Mitglieder (China und Russland) Resolutionen blockiert haben, die sich gegen andere nicht-westliche Länder wie Syrien, Simbabwe, Iran, Sudan und seit kurzem auch Russland selbst richten. Damit wird der seit langem erhobene Ruf nach einer neuen globalen Governance-Superstruktur laut, die höchstwahrscheinlich auf der NATO basiert und es dem Westen und den westlich ausgerichteten Ländern ermöglichen würde, in globalen Angelegenheiten «mehr Macht geltend zu machen und zu koordinieren». Mit anderen Worten: Eine «optimierte» Nutzung der schwindenden Macht des politischen Westens und seiner Vasallen, während gleichzeitig versucht wird, die Kontrolle über die Ressourcen anderer Länder zu übernehmen.

Truss betonte, dass im Rahmen dieser neuen Form der Globalisierung der Zugang zu internationaler Sicherheit und internationalem Handel von der politischen Position der Länder abhängig gemacht werden sollte. Die britische Aussenministerin erklärte, dass «wirtschaftlicher Zugang nicht mehr selbstverständlich

ist» und dass er «verdient werden muss». Sie fügte hinzu, dass Länder, die sich diesen Zugang verdienen wollen, sich an die Regeln halten müssen und dass dies auch China einschliesst. Diese Äusserungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem westliche Mächte offen damit gedroht haben, die russische Schifffahrt in internationalen Gewässern ins Visier zu nehmen, ähnlich wie dies bei Iran und Nordkorea der Fall ist. Die Möglichkeit, chinesische Schiffe ins Visier zu nehmen, wurde bereits vor zwei Jahren in einem Papier des US Naval Institute angesprochen. Dies kommt in der Tat einer Piraterie gleich, die euphemistisch als «Durchsetzung der Freiheit der Schifffahrt» bezeichnet wird.

In Bezug auf die «Global NATO» und die künftige Ausrichtung auf China betonte Truss Pläne zur weiteren Aufrüstung der Regierung in Taipeh, was einen weiteren direkten Schritt gegen die Volksrepublik China darstellen würde. Taiwan wird von den Vereinten Nationen, allen UN-Mitgliedsstaaten und auch von der Verfassung der Insel selbst als Teil Chinas anerkannt. Die Aufrechterhaltung staatsähnlicher Institutionen und einer westlich ausgerichteten Verwaltung auf der Insel wird jedoch zunehmend zu einer Priorität der westlichen Sicherheitsarchitektur erklärt.

Zusammen mit den Versuchen einer schleichenden Reformierung der Vereinten Nationen würde die Schaffung einer «globalen NATO», wie auch immer sie heissen mag, eine Katastrophe für die Sicherheit der Welt bedeuten. Das Nordatlantische Bündnis hat, gelinde gesagt, eine zweifelhafte Sicherheitsbilanz. Obwohl es als angeblich «defensiver» Sicherheitspakt gegründet wurde, ist das Bündnis alles andere als das. Es hat bisher zahlreiche Länder angegriffen, angefangen bei der Zerstörung des ehemaligen Jugoslawiens bis hin zu Invasionen und Bombardierungen im gesamten Nahen Osten, von Libyen bis Afghanistan.

Gleichzeitig setzt das kriegsrische Bündnis seine Expansion in Europa fort und rückt immer näher an die russischen Grenzen heran. Trotz jahrzehntelanger wiederholter Bitten und Warnungen Russlands weigert sich die NATO, ihr gegenüber Michail Gorbatschow gegebenes Versprechen einzulösen, sich nicht «einen Zentimeter nach Osten» auszudehnen. Das Ergebnis einer solchen Politik sind die tragischen Ereignisse, die sich derzeit in der Ukraine abspielen. Noch schlimmer ist, dass sich die USA als führendes NATO-Mitglied aus allen Rüstungskontrollvereinbarungen zurückgezogen haben, mit Ausnahme des Neuen START-Abkommens, das in weniger als vier Jahren auslaufen wird.

Das aggressive Auftreten der NATO in Europa und im Nahen Osten hat die Welt in ein neues Wettrüsten getrieben, wobei Russland gezwungen ist, eine Vielzahl neuer Waffentypen zu entwickeln, insbesondere Hyperschallwaffen und neue fortschrittliche ballistische Interkontinentalraketen, um das empfindliche strategische Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen. Mächte des Nahen Ostens, wie der Iran, sind gezwungen, einen grossen Teil ihres BIP für das Militär auszugeben, da die USA (und damit die NATO) das Land seit Jahrzehnten bedrohen. Die Konflikte in der Ukraine und in Syrien sind in erster Linie auf die Politik der NATO gegenüber Russland und dem Iran zurückzuführen.

Diese neue «globale NATO» wird diese Instabilität auf den asiatisch-pazifischen Raum übertragen, der bisher eine jahrzehntelange Periode beispiellosen Friedens und Wohlstands erlebt hat. Entscheidend für dieses Wachstum war die rasante wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Um Chinas Wachstum zu bremsen, führten die USA zunächst einen massiven Handelskrieg mit dem asiatischen Riesen. Da sie jedoch erkannt haben, dass dies nur sehr begrenzte Auswirkungen auf Chinas wachsende Macht haben würde, sind die USA und die NATO entschlossen, China militärisch herauszufordern und es zu höheren Verteidigungsausgaben zu zwingen, während sie gleichzeitig die asiatisch-pazifische Region entlang geopolitischer Linien fragmentieren. Westliche Planer glauben, dass dies unweigerlich zu einer wirtschaftlichen Abkopplung führen würde, die sich negativ auf Chinas exportorientierte Wirtschaft und seine langfristige Entwicklung auswirken würde.

Es ist sicher, dass Länder wie Japan und Australien an diesen Bemühungen beteiligt sein werden. Andere Mächte in der Region mit ins Boot zu holen, wird jedoch sehr viel schwieriger sein. Südkorea ist zu sehr auf Pjöngjang fixiert, und Chinas Einfluss dort wird in Seoul immer noch geschätzt, abgesehen von der umfangreichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Indien wiederum gilt für den Geschmack des politischen Westens als «zu unabhängig», der heute aussenpolitisch nach dem Motto «Entweder du bist für uns oder gegen uns» agiert.

QUELLE: "GLOBAL NATO" TO HAVE DISASTROUS EFFECT ON WORLD SECURITY

Quelle: <https://uncutnews.ch/globale-nato-hat-katastrophale-auswirkungen-auf-die-weltweite-sicherheit/>

Deutschland - Wie sich die Beobachtungen 1941 und 2022 doch gleichen

Donnerstag, 5. Mai 2022, von Freeman-Fortsetzung um 06:48

Die Deutsche Anna Haag schrieb in ihr Tagebuch 1941: «Zuweilen habe ich den Eindruck, als ob ein Massenwahnsinn das deutsche Volk ergriffen habe und als ob ein Gehirnschwund in grossem Ausmass um sich frässe. Denken ist heute überhaupt nicht mehr Mode.»



Das sind echte Frauen und nicht die heutigen «Teletubis», welche sich ein hohes politisches Amt zu spielen erdreisten.

So bald eine Kriegsgeneration ausgestorben ist, fängt offenbar die Kriegsgeilheit wieder an. Mensch, lernst Du nie?

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2022/05/deutschland-wie-sich-die-beobachtungen.html#ixzz7SiU7xtvK>

USA verbreiten gefakte Geschichten, um Russland zur Eskalation zu bewegen

uncut-news.ch, Mai 8, 2022



Die Genies (nicht) im Nationalen Sicherheitsrat wollen Russland zu direkten Angriffen auf US-Streitkräfte oder -Interessen anstacheln. Das würde den USA einen Vorwand liefern, den Krieg in der Ukraine weiter zu einer offenen Konfrontation zu eskalieren. Es würde auch die Aufmerksamkeit von innenpolitischen Problemen ablenken.

Um dies zu erreichen, hat der NSC eine Reihe von Geschichten in die Medien gebracht, in denen behauptet wird, dass angebliche ukrainische Erfolge auf US-Geheimdienstinformationen beruhen.

TNY-Times schreibt: US-Geheimdienst unterstützt Ukraine bei der Tötung russischer Generäle, sagen Beamte

WASHINGTON – Die Vereinigten Staaten haben Informationen über russische Einheiten zur Verfügung gestellt, die es den Ukrainern ermöglicht haben, viele der russischen Generäle, die im Ukraine-Krieg gefallen sind, ins Visier zu nehmen und zu töten, wie hochrangige amerikanische Beamte erklärten.

Die gezielte Hilfe ist Teil der geheimen Bemühungen der Regierung Biden, der Ukraine Echtzeitinformationen über das Schlachtfeld zu liefern. Diese Informationen umfassen auch voraussichtliche russische Truppenbewegungen, die aus den jüngsten amerikanischen Einschätzungen des geheimen Moskauer Schlachtplans für die Kämpfe in der ostukrainischen Donbass-Region gewonnen wurden, so die Beamten. Die Beamten lehnten es ab, Angaben darüberzumachen, wie viele Generäle infolge der US-Hilfe getötet worden waren.

Die Vereinigten Staaten haben sich darauf konzentriert, den Standort und andere Details über die mobilen Hauptquartiere des russischen Militärs zu liefern, die häufig ihren Standort wechseln. Ukrainische Beamte haben diese geografischen Informationen mit ihren eigenen Erkenntnissen kombiniert – einschliess-

lich abgefangener Kommunikation, die das ukrainische Militär auf die Anwesenheit hochrangiger russischer Offiziere aufmerksam macht – um Artillerieangriffe und andere Angriffe durchzuführen, bei denen russische Offiziere getötet wurden.

Die Geschichte ist offensichtlich Blödsinn, denn es gibt nur zwei russische Generäle, die bisher während des russischen Feldzugs in der Ukraine ums Leben gekommen sind.

Generalmajor Andrej Suchowezki wurde am 28. Februar und Generalmajor Wladimir Frolov Anfang April getötet. Beide Todesfälle wurden sofort offiziell bestätigt und in den russischen Medien bekannt gegeben. Beide Männer wurden mit militärischen Ehren beigesetzt.

Alle anderen «getöteten russischen Generäle» sind Opfer des «Gespenstes von Kiew». Der ukrainische Propagandaapparat mag solche Geschichten, weil er weiss, dass die «westlichen» Medien sie aufgreifen werden.

Russland verheimlicht den Tod hoher Offiziere nicht. Das ist über längere Zeiträume nicht möglich, da diese Männer vielen anderen bekannt sind. Es wäre für jede Regierung schlecht, wenn sie in ein solches Schema verwickelt würde. Es gibt auch keinen Grund, dies zu tun.

Einige US-Quellen behaupten, dass der Tod eines Generals die Truppen, die er geführt hat, demoralisieren wird. Das Gegenteil ist der Fall. Generäle, die an der Front oder in deren Nähe getötet werden, zeigen den Soldaten an der Front, dass sie in ihrem Kampf nicht allein sind und dass ihre Offiziere ihre Aufgabe erfüllen, obwohl sie das gleiche hohe Risiko tragen wie sie selbst.

Das Pentagon hat jegliche Beteiligung bestritten:

Das Pentagon hat am Donnerstag dementiert, dass die USA Geheimdienstinformationen mit der Ukraine geteilt haben, um hochrangige russische Militärs anzugreifen und zu töten, und betont, dass das Ziel der US-Geheimdienste lediglich darin besteht, den ukrainischen Streitkräften die Möglichkeit zu geben, sich gegen die russische Invasion zu verteidigen.

Die Generäle im Pentagon sind sehr darauf bedacht, nicht zur Zielscheibe russischer Vergeltungsmassnahmen zu werden.

Hier ist eine weitere solche Geschichte:

US-Informationen halfen der Ukraine, das russische Flaggschiff Moskva zu versenken, sagen Beamte, 5. Mai, NBCnews

US-Geheimdienstinformationen haben der Ukraine geholfen, den russischen Kreuzer Moskva zu versenken, sagten US-Beamte gegenüber NBC News und bestätigten damit eine amerikanische Rolle bei dem vielleicht peinlichsten Schlag gegen Wladimir Putins Invasion in der Ukraine. Die Moskva, ein Lenkwaffenkreuzer mit 510 Mann Besatzung, war das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte. Er sank am 14. April, nachdem er von zwei ukrainischen Neptun-Schiffsabwehrraketen getroffen worden war.

Es ist immer noch nicht klar, was mit der Moskwa geschehen ist. Russland sagte nur, dass das Schiff eine Explosion an Bord hatte, die den Rumpf unterhalb der Wasserlinie aufriss und ein Feuer verursachte. Es gibt noch andere Möglichkeiten, aber ein Treffer durch zwei ukrainische Anti-Schiffs-Raketen scheint unwahrscheinlich.

Das Pentagon leugnete erneut jede direkte Beteiligung:

In einer Erklärung, die nach der Veröffentlichung dieses Artikels veröffentlicht wurde, sagte Pentagon-Pressesprecher John Kirby, dass die USA der Ukraine keine «spezifischen Zielinformationen für die Moskwa» zur Verfügung gestellt hätten. «Wir waren weder an der Entscheidung der Ukrainer, das Schiff anzugreifen, noch an der von ihnen durchgeführten Operation beteiligt», fügte Kirby hinzu. «Wir hatten keine vorherige Kenntnis über die Absicht der Ukraine, das Schiff anzugreifen. Die Ukrainer haben ihre eigenen nachrichtendienstlichen Fähigkeiten, um russische Marineschiffe aufzuspüren und ins Visier zu nehmen, wie sie es in diesem Fall getan haben.»

Der letzte Satz ist falsch, denn Russland hat alle ukrainischen Marineradare zerstört, die dumm genug waren, zu strahlen.

Russland wird auf solche dummen Geschichten nicht reagieren. Es weiss, dass die USA den Ukrainern alle Arten von Informationen über das Schlachtfeld sowie Waffen zur Verfügung stellen. Es wird auch angenommen, dass ausländische Generäle den Generalstab der ukrainischen Streitkräfte «beraten». Beides wird der Ukraine nicht helfen, den Krieg zu gewinnen.

Längerfristig könnte Russland durchaus Rache für den Stellvertreterkrieg der USA gegen das Land nehmen. Aber Präsident Putin ist ein geduldiger Mann, und Rache ist ein Gericht, das am besten kalt serviert wird.

Quelle: <https://uncutnews.ch/usa-verbreiten-gefakte-geschichten-um-russland-zur-eskalation-zu-bewegen/>

Sergey Glazyev: Für diejenigen, die es immer noch nicht verstanden haben

uncut-news.ch, Mai 6, 2022

Maschinelle Übersetzung und dann von den Übersetzern des Saker-Blogs überprüft und verfeinert.

Ich werde versuchen, die notwendigen Massnahmen zur Erreichung des Sieges kurz zu erklären und zu begründen

Eine spezielle Militäroperation (SVO) enthüllte einen von der US-amerikanischen Macht- und Finanzelite im Voraus ausgearbeiteten Plan zur Machtübernahme in Russland. Er umfasst die folgenden Komponenten und Etappen.

Zermürbung der russischen Streitkräfte in einem Krieg mit gut ausgebildeten und direkt vom Pentagon kontrollierten Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte, »genäht« von den Nazis mit einer Vertikale von Offizieren, die von den US-amerikanischen und britischen Sonderdiensten ernannt wurden. Verwandeln Sie die ukrainische Bevölkerung in Zombies, die mit Russophobie infiziert sind. Gleichzeitig soll die internationale Gemeinschaft gegen Russland aufgehetzt werden, indem Kriegsverbrechen und Völkermord gegen seine Führung angeklagt werden. Auf dieser Grundlage sollten Russlands Devisen beschlagnahmt und umfassende Sanktionen gegen das Land verhängt werden, um den grösstmöglichen Schaden anzurichten. Diese Phase ist eigentlich schon abgeschlossen.



Terrorisierung der russischen Bevölkerung durch Beschuss von Grenzsiedlungen und militärischer Infrastruktur, Sabotage des Verkehrs und Hackerangriffe. Beeinflussung des öffentlichen Bewusstseins durch eine Flut negativer Fake News und regierungsfeindlicher Propaganda in den sozialen Netzwerken. Über ihre Einflussagenten in den Finanz- und Wirtschaftsbehörden eine Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die die Mobilisierung von Ressourcen blockiert, einschliesslich: Erhöhung der Zinssätze, Fortsetzung des Kapitalexports, Förderung von Währungs- und Finanzspekulationen, Manipulation des Rubelkurses und Aufblähung der Preise. Auf diese Weise können die Sanktionen immer wieder verschärft werden und zu einem Zusammenbruch der Produktion und einem Rückgang des Lebensstandards führen. Diese Phase ist bereits in vollem Gange.

Provozieren von Proteststimmung und destruktiven sozialpolitischen Aktionen, die darauf abzielen, die legitimen Behörden vor dem Hintergrund des sinkenden Lebensstandards und der Verluste im Zuge ihrer Tätigkeit zu stürzen. Einsatz des gesamten Arsenal an Methoden zur Organisation von »Farbrevolutionen«, die von der Comprador-Oligarchie unter dem Versprechen der Freigabe von in der US-amerikanisch-europäischen Gerichtsbarkeit beschlagnahmten Vermögenswerten finanziert werden. Zugleich bereiten wir die organisatorischen und ideologischen Grundlagen für separatistische Aktionen in den Regionen vor. Diese Phase befindet sich in der aktiven Entwicklung.

Dieser Plan sieht auch die folgenden Aufgaben vor:

Konsolidierung der US-Kontrolle über die Europäische Union und die NATO-Länder; Einsatz der Streitkräfte Polens, Rumäniens und der baltischen Staaten sowie von Söldnern aus dem Westen, dem Nahen und dem Mittleren Osten in Kampfhandlungen gegen Russland; die Vernichtung der männlichen Bevölkerung und die faktische Versklavung der Frauen und Kinder der Ukraine für die anschliessende Erschliessung dieses Gebiets im Interesse der Macht- und Finanzelite der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Israels.

Die Umsetzung dieses Plans zielt in der Tat darauf ab, die russische Welt zu zerstören, gefolgt von den Plänen des amerikanischen »tiefen Staates«, den Iran zu zerstören und China zu blockieren.

Aufgrund der objektiven Gesetze der globalen wirtschaftlichen Entwicklung ist dieser Plan zum Scheitern verurteilt. Die Vereinigten Staaten werden nicht in der Lage sein, den globalen hybriden Krieg zu gewinnen, den sie entfesselt haben, um ihre globale Hegemonie aufrechtzuerhalten. Sie verlieren ihn unwiderruflich an China, das infolge der antirussischen Sanktionen rasch erstarkt.

Washington, London und Brüssel haben ihre wichtigsten Trümpfe ausgespielt, um Russland den grösstmöglichen Schaden zuzufügen: Das Monopol auf die Ausgabe von Weltwährungen, das Image eines vorbildlichen demokratischen Rechtsstaates und den Glauben an das «heilige» Recht des Privateigentums. So haben sie alle unabhängigen Länder vor die Notwendigkeit gestellt, neue globale Währungsinstrumente und Risikoversicherungsmechanismen zu finden, die Normen des internationalen Rechts wiederherzustellen und ihre eigenen wirtschaftlichen Sicherheitssysteme zu schaffen.

Die antirussischen Sanktionen haben die globale Dominanz der Vereinigten Staaten und der EU nicht gestärkt, sondern im Gegenteil untergraben, sodass der Rest der Welt begann, ihnen mit Misstrauen und Besorgnis zu begegnen. Sie haben den Übergang zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Verlagerung des Zentrums der Weltwirtschaft nach Südostasien dramatisch beschleunigt. Russland muss den Vereinigten Staaten und der NATO in ihrer Konfrontation die Stirn bieten und die IT zu ihrem logischen Abschluss bringen, um nicht zwischen ihnen und China, das unwiderruflich die Führung der Weltwirtschaft übernimmt, zerrieben zu werden.

QUELLE: SERGEY GLAZYEV: FOR THOSE WHO STILL DON'T UNDERSTAND

Quelle: <https://uncutnews.ch/sergey-glazev-fuer-diejenigen-die-es-immer-noch-nicht-verstanden-haben/>

Fünf Gründe, sich zunehmend Sorgen über den Krieg in der Ukraine zu machen

uncut-news.ch, Mai 6, 2022

Die New York Times berichtete am 1. Mai, dass «die Biden-Administration» – dieselbe, die Putins Warnungen über Russlands rote Linie bezüglich der NATO-Erweiterung in der Ukraine ignoriert hat – «zunehmend Befürchtungen beiseite schiebt, die zu Beginn des Krieges von einigen geäussert wurden, nämlich dass zu viel amerikanische Hilfe für die Ukraine einen direkten Konflikt mit dem russischen Präsidenten Wladimir V. Putin riskieren könnte».

Da die direkte Unterstützung der Ukraine durch die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich und ihre anderen Verbündeten dramatisch zunimmt, gibt es mehrere Gründe, sich zunehmend Sorgen zu machen.

Der lange Krieg

Die USA haben schon früh signalisiert, dass es sich bei diesem Krieg nicht um einen schnellen Krieg zur Verteidigung der Ukraine gegen die russische Invasion handeln würde. Aussenminister Antony Blinken hat wiederholt erklärt, dass dieser Krieg um «zentrale Prinzipien» «grösser als die Ukraine» sei.

Seitdem deuten mehrere Anzeichen auf eine sich entwickelnde Politik der schleppenden Diplomatie hin, um einen langen Krieg zu ermöglichen. Blinken hat angekündigt, dass der Krieg bis zum Ende dieses Jahres andauern könnte. Der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan verwendete die Formulierung «für Monate oder sogar länger». Noch dramatischer formulierte es der Vorsitzende der Generalstabschefs, General Mark Milley, der die Dauer des Krieges mit «Jahren» bezifferte. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 28. April, dass sich die NATO-Verbündeten darauf vorbereiten, über einen langen Zeitraum hinweg Unterstützung zu leisten. Und wie aus dem Lehrbuch ersuchte Präsident Biden am selben Tag den Kongress um 33 Milliarden Dollar zur Unterstützung des Kampfes der Ukraine gegen Russland und signalisierte damit ein wachsendes und langfristiges amerikanisches Engagement.

Um diesen langen Zeitraum zu gewährleisten, scheinen die USA und ihre Verbündeten diplomatische Lösungen zu blockieren. In einem Interview vom 21. April beschuldigte der türkische Aussenminister Mevlut Cavusoglu: «Es gibt Länder in der NATO, die wollen, dass der Krieg weitergeht.» Die Türkei war Gastgeberin der vielleicht vielversprechendsten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Die Gespräche schienen die Möglichkeit eines Durchbruchs zu bieten, und Cavusoglu sagte, die Türkei habe nicht geglaubt, dass der Krieg nach den Gesprächen noch lange andauern würde. Doch das Versprechen, zu dem die Ukraine und Russland gelangt waren, scheint von den USA und ihren Verbündeten, die andere Interessen verfolgen, zunichte gemacht worden zu sein. «Nach dem Treffen der NATO-Aussenminister hatte man den Eindruck, dass es innerhalb der NATO-Mitgliedsstaaten einige gibt, die wollen, dass der Krieg weitergeht und Russland schwächer wird», so Cavusoglu.

Russland weiss Bescheid

Russland ist sich inzwischen bewusst, dass eine Verhandlungslösung in weite Ferne gerückt ist. Die Hoffnungslosigkeit kam gleich zu Beginn, als Selenskys frühes Signal, dass er zu Verhandlungen bereit sein

könnte, von den USA und der EU mit der Entscheidung beantwortet wurde, die Ukraine mit Waffen zu überschwemmen. Sie begann sogar noch früher, als der Westen es versäumte, Selensky bei seinem Versprechen, das Minsk-Abkommen zu unterzeichnen, zu unterstützen, und ihn dann nicht dazu drängte, auf diesen versprochenen Weg zurückzukehren.

Die mangelnde Beteiligung der USA an und Einmischung in die Diplomatie hat dieses Bewusstsein noch verstärkt, ebenso wie die Unnachgiebigkeit der USA, sich zu weigern, mit Russland zu sprechen. Blinken hat seit Beginn des Krieges nicht mehr mit seinem russischen Amtskollegen gesprochen, Finanzministerin Janet Yellen und der Vorsitzende der US-Notenbank Jerome Powell verliessen ein G20-Treffen, als der russische Vertreter zu sprechen begann, und der russische Botschafter in den USA erklärte, dass weder das Weisse Haus noch das Aussenministerium mit ihm sprechen würden.

Anatol Lieven, Senior Research Fellow am Quincy Institute for Responsible Statecraft, sagte mir, er wisse nicht, ob Russland zu dem Schluss gekommen sei, dass die USA in der Lage sein werden, eine Einigung zu blockieren. Aber «Moskau glaubt sicherlich, dass die US-Regierung dies versuchen wird».

Zunehmende russische Warnungen

Es ist nun klar, dass die Kalkulation der USA, sie könnten die Warnung Russlands vor dem Überschreiten der roten Linie, der Ukraine die Tür zur NATO-Mitgliedschaft offen zu halten, ignorieren, eine katastrophale Fehlkalkulation war. Dennoch scheinen die USA jetzt, da der Krieg begonnen hat, die gleichen Überlegungen anzustellen.

Aus Moskau werden wieder einmal Warnungen laut. Mitte April warnte Russland die USA in einer förmlichen diplomatischen Note, «dass die Lieferungen der USA und der NATO von höchst sensiblen Waffensystemen an die Ukraine den dortigen Konflikt anheizen und unvorhersehbare Konsequenzen nach sich ziehen könnten».

Noch besorgniserregender ist, dass Russland inzwischen zu dem Schluss gekommen zu sein scheint, dass die USA keinen Krieg zur Verteidigung der Ukraine, sondern einen Stellvertreterkrieg gegen Russland führen. Der russische Aussenminister Sergej Lawrow sagte kürzlich: «Die NATO führt im Wesentlichen einen Stellvertreterkrieg gegen Russland und rüstet diesen Stellvertreter auf. Krieg bedeutet Krieg.»

Am 28. April warnte Putin: «Wenn jemand beabsichtigt, von aussen in die laufenden Ereignisse einzugreifen und strategische Bedrohungen für Russland zu schaffen, die für uns nicht akzeptabel sind, sollte er wissen, dass unsere Vergeltungsschläge blitzschnell sein werden.» Er fügte hinzu: «Wir haben alle Instrumente dafür. ... wir werden sie nutzen, wenn es nötig ist. Und ich möchte, dass jeder das weiss.»

Zunehmende Intervention

Die Ukraine wird immer mehr zu einem Stellvertreter für die gesamte militärische Macht der USA und der NATO. Die USA stellen die Waffen zur Verfügung, sorgen für die Ausbildung und richten die Geschütze aus. Sie führen einen Krieg, der nur insofern ein Stellvertreterkrieg ist, als sie nicht für die Toten sorgen. Wie John Mearsheimer kürzlich sagte, sind die USA «so nah wie möglich» an einer direkten Beteiligung.

Diese direkte Beteiligung wird immer bedrohlicher. Zum ersten Mal seit Beginn des Krieges sind Truppen eines NATO-Landes in der Ukraine vor Ort. Offiziere der ukrainischen Streitkräfte haben bestätigt, dass sich britische Spezialeinheiten in der Ukraine aufhielten, um neue und zurückkehrende Rekruten im Umgang mit den von Grossbritannien gelieferten Panzerabwehrraketen NLAW auszubilden. Truppen eines NATO-Mitglieds in der Ukraine könnten die Bedeutung des Begriffs «Stellvertreter» sprengen.

In einem ähnlich provokanten Schritt gab Pressesprecher John Kirby bekannt, dass die USA ukrainische Truppen auf US-Militäreinrichtungen in Deutschland ausbilden. Bei einer Pressekonferenz am 29. April sagte Kirby: «Heute kann ich bekannt geben, dass die Vereinigten Staaten mit den ukrainischen Streitkräften eine Ausbildung an wichtigen Systemen in US-Militäreinrichtungen in Deutschland begonnen haben.» Das heisst, US-Soldaten bilden ukrainische Soldaten auf US-Stützpunkten aus.

Was die Waffen angeht, für die die USA und das Vereinigte Königreich die ukrainische Armee ausbilden, so erklärte der britische Staatssekretär für die Streitkräfte, James Heappey, Ende April, dass es für die ukrainischen Streitkräfte akzeptabel wäre, britische Waffen zu benutzen, um militärische Ziele auf russischem Boden anzugreifen. Das Vereinigte Königreich bildet also ukrainische Soldaten darin aus, mit britischen Waffen Russen zu töten. Gleichzeitig erklärte die britische Aussenministerin Liz Truss, dass die Zeit vorbei sei, die Ukraine nur mit Verteidigungswaffen zu beliefern.

Neben der Intensivierung der Waffen und der Ausbildung verstärken die USA auch die Bereitstellung von Geheimdienstinformationen an die Ukraine. Das bedeutet, dass die USA der Ukraine die Waffen liefern, sie im Umgang mit den Waffen ausbilden und die nachrichtendienstlichen Informationen zum Ausrichten der Waffen bereitstellen. Die USA stellen den ukrainischen Streitkräften detaillierte Informationen nahezu in Echtzeit zur Verfügung, die sie gegen die russischen Streitkräfte einsetzen. Dank dieser US-Nachrichten war es der Ukraine möglich, ein russisches Transportflugzeug mit Hunderten von russischen Soldaten an Bord abzuschliessen. Die «massive und beispiellose Geheimdienstoperation mit einem Nicht-NATO-Part-

ner» könnte das Wort «Stellvertreter» wieder einmal ernsthaft in Frage stellen. Ein «ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter, der mit der Situation vertraut ist», erklärte gegenüber NBC: «Es wurden viele Informationen in Echtzeit ausgetauscht, die für ein gezieltes Vorgehen gegen russische Streitkräfte genutzt werden könnten.»

Ausgeweitete Ziele

Der Krieg ist nicht nur länger und direkter geworden, er ist auch grösser und ehrgeiziger geworden. Die britische Aussenministerin Liz Truss erklärte am 28. April, dem Tag, an dem die NATO und die USA den langen Krieg ankündigten, dass die russischen Streitkräfte aus «der gesamten Ukraine» vertrieben werden müssten. Wie die BBC hervorhob, bedeutet das nicht nur, die russische Invasion zurückzudrängen – das ursprünglich erklärte Ziel der Unterstützung der Ukraine – sondern vielleicht sogar, Russland aus der Krim zu vertreiben. Das ist ein Angriff auf Russland und das, was Putin als Zerstörung des russischen Staates betrachten würde. Das könnte zu unvorstellbaren russischen Reaktionen führen.

Wie das Vereinigte Königreich haben auch die USA in letzter Zeit ihre klarsten Aussagen über das sich entwickelnde und erweiternde Ziel des Krieges gemacht. Im Anschluss an das Treffen, das er und Antony Blinken mit Zelensky hatten, definierte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Kriegsziele der USA so, dass «Russland so weit geschwächt werden soll, dass es die Dinge nicht mehr tun kann, die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat». Diese Aussage ist die bisher deutlichste eines hochrangigen US-Politikers, dass das Ziel des Krieges über die Verteidigung der Ukraine hinausgeht und die Schwächung Russlands einschliesst.

Die Tatsache, dass die USA und ihre Verbündeten sich immer direkter in einen Krieg mit immer aggressiveren Zielen und einem immer kürzeren Zeitplan mit wenig Hoffnung auf Verhandlungen verwickeln, während sie Putins Warnungen erneut ignorieren, führt zu einer zunehmend gefährlichen und besorgniserregenden Situation, die – wieder einmal – vermieden werden könnte.

QUELLE: FIVE REASONS TO BE INCREASINGLY WORRIED ABOUT THE WAR IN UKRAINE

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/fuenf-gruende-sich-zunehmend-sorgen-ueber-den-krieg-in-der-ukraine-zu-machen/>

Die USA haben die russische Militäroperation bewusst provoziert – Blicke hinter die medialen Kulissen

Hwludwig, Veröffentlicht am 6. Mai 2022

Aus langfristiger geostrategischer Planung haben USA und NATO die Ukraine zu einem militärischen Instrument gegen Russland aufgebaut, dieses sicherheitspolitisch immer mehr provoziert und so lange in die Enge getrieben, bis die russische Regierung offenbar keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat, als seine Sicherheitsinteressen durch eine Militäroperation in der Ukraine durchzusetzen. Die Überraschung und Empörung des Westens darüber ist geheuchelt. Man wusste lange vorher, was kommen wird, da man selbst herbeiführte, wozu Russland praktisch keine andere Wahl haben werde.

Der Krieg, der bereits 2014 unter Einflussnahme des CIA-Chefs John Brennan als Stellvertreter-Krieg begonnen hat und jetzt zur Eskalation getrieben wurde, ist also von langer Hand in die Wege geleitet worden, einschliesslich der Waffenlieferungen, die man bereits, wie weiter unten gezeigt werden wird, vor dem russischen Einmarsch plante, um den Krieg zur Schwächung Russlands so lange wie möglich am Kochen zu halten. Den wenigsten medienmanipulierten Menschen ist klar, auf welch zynische, menschenverachtende Weise in Wahrheit die Ukrainer für die imperialistischen Interessen der USA benutzt und verheizt werden.

Thomas Röper, der als Osteuropaexperte seit über 15 Jahren in Russland lebt und fließend Russisch spricht, hat seine Webseite «anti-spiegel» zu einem ausserordentlich informativem Forum über die dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse einerseits und die Geopolitik des Westens andererseits gestaltet. Am 30. April veröffentlichte er den Artikel «US-Gesetz zeigt: Der Westen hat die russische Militäroperation bewusst provoziert», in dem er diese Hintergründe aufzeigt und mit vielen Verweisen auf vorangegangene Artikel die Chronologie der Ereignisse zusammenfasst und belegt. Ich folge in meiner Darstellung im Wesentlichen dem, was Thomas Röper mit grossem Fleiss zusammengestellt hat.

Das Minsker Abkommen

Im September 2014 und Februar 2015 wurden in Minsk zwei Abkommen abgeschlossen, um den Krieg der ukrainischen Armee gegen die nach Autonomie innerhalb der Ukraine strebenden russischsprachigen ostukrainischen Regionen Donezk und Lugansk zu beenden. Darin ist eine Verfassungsänderung zugunsten eines besonderen Autonomiestatus der beiden Ostregionen vorgesehen.

Das Minsker Abkommen ist jedoch von Kiew nie umgesetzt worden. Russland werde, so Thomas Röper, immer wieder vorgeworfen, dass es das Abkommen nicht erfüllt habe, doch Russland werde in dem Ab-

kommen überhaupt nicht erwähnt, und darin gebe es auch keinerlei Forderungen an Russland. Dafür aber seien darin konkrete Pflichten der Kiewer Machthaber enthalten, die keine einzige erfüllt hätten. Die Details zu dem Abkommen kann man hier nachlesen.

Kiew habe unter Selensky nach dem «Normandie-Gipfel» vom 9.11.2019 begonnen, ganz offen zu sagen, dass man das Minsker Abkommen nicht umsetzen werde. Man habe anstelle des Satzes «die Parteien bekunden ihr Interesse an einer Einigung im «Normandie-Format» und der trilateralen Kontaktgruppe über alle rechtlichen Aspekte des Sonderstatus der Regionalverwaltung», womit also auch die Verfassungsänderung gemeint ist, nur noch von einem Interesse gesprochen, über «alle rechtlichen Aspekten des Gesetzes über den Sonderstatus» zu diskutieren.

Kritik aus dem Westen sei aber ausgeblieben, und die westliche Öffentlichkeit habe davon nichts erfahren. Im Oktober 2021 sei klar geworden, dass auch Deutschland und Frankreich die Umsetzung des Abkommens offen ablehnen, was aber der Öffentlichkeit ebenfalls verheimlicht worden sei. Russland habe das öffentlich gemacht, indem es die entsprechenden Schreiben der Außenminister Deutschlands und Frankreichs veröffentlichte, was jedoch die westlichen Medien auch wieder verschwiegen hätten.

Die NATO und die Ukraine

Thomas Röper: «Für Russland war ein NATO-Beitritt der Ukraine immer eine rote Linie, gleiches galt für NATO-Basen in dem Land. Trotzdem hat die NATO 2021 tausende NATO-Soldaten in der Ukraine stationiert, auch wenn sie das als «Ausbildungsmissionen» oder «Militärberater» bezeichnet hat. Ausserdem wurde die ukrainische Armee inklusive ihrer Stützpunkte auf NATO-Standard gebracht, was eine schnelle Verlegung von NATO-Truppen in die Ukraine und eine Integration der ukrainischen Armee in die NATO ermöglicht hat.

Aufgrund dieser Massnahmen sah Russland sich im Dezember 2021 gezwungen, von den USA ultimativ gegenseitige Sicherheitsgarantien zu fordern. Nach dem Vorfall im Oktober und November 2021, als Deutschland und Frankreich in der Diplomatenkorrespondenz das Minsker Abkommen abgelehnt, der Öffentlichkeit aber das Gegenteil erzählt haben, was erst durch die Veröffentlichung der Korrespondenz durch Russland bekannt wurde, ist Russland einen ungewöhnlichen Weg gegangen: Es hat die Vertragsvorschläge für gegenseitige Sicherheit veröffentlicht, damit der Westen nicht wieder ein doppeltes Spiel spielen konnte.

Der Westen hat das aber trotzdem getan, und die westlichen Medien haben wieder nicht berichtet, worum es tatsächlich ging. Aber immerhin konnten die Regierungen der ganzen Welt sehen, was vor sich ging, denn auch die Antworten von NATO und USA wurden veröffentlicht, als sie Ende Januar 2022 Gespräche über die von Russland geforderten gegenseitigen Garantien abgelehnt haben.»

Der Westen habe gewusst, dass er Russland damit nur zwei Möglichkeiten gelassen habe: Entweder Russland akzeptiere das Risiko, dass NATO-Truppen (und damit möglicherweise sogar amerikanische Atomraketen) direkt an der Grenze zwischen Zentralrussland und der Ukraine auftauchen, oder die russische Regierung verhindere diese für Russland inakzeptablen Risiken durch eine militärische Intervention in der Ukraine.

Als der ukrainische Präsident Selensky dann auch noch am 19. Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz offen mit der atomaren Bewaffnung der Ukraine selbst gedroht habe, hätte Russland aus seiner Sicht keine andere Wahl mehr gehabt, als aktiv zu werden. Weniger als eine Woche nach Selenskys Drohung begann die russische Militäroperation in der Ukraine.

Ganz im Interesse der USA

«Wenn es im Interesse des Westens, also der USA, gewesen wäre, diesen militärischen Konflikt zu verhindern, hätten sie es tun können. Sie hätten den Druck, die Ukraine in die NATO zu bringen, aufheben können, sie hätten die NATO-Soldaten aus der Ukraine abziehen können, sie hätten auch mit Russland über die gegenseitigen Sicherheitsgarantien verhandeln können.

Vor allem aber trifft in Kiew niemand eine auch nur halbwegs wichtige Entscheidung, die nicht mit den USA abgestimmt ist. Der Applaus für Selenskys Drohung mit nuklearer Bewaffnung auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat gezeigt, dass die USA und der Westen hinter der atomaren Drohung von Selensky standen, und niemand hat überrascht reagiert oder gar protestiert. Die Drohung war daher ganz sicher mit den USA abgesprochen.»

Der Westen, also im Grunde die alle beherrschenden USA, hätten die Eskalation bewusst provoziert und Kiew offensichtlich in dem Glauben gelassen, die NATO werde der Ukraine militärisch zu Hilfe eilen, wenn es zu einem offenen Konflikt mit Russland komme. Das hätten auch die Reaktionen in Kiew nach Beginn der russischen Intervention gezeigt, denn dort seien führende Politiker offen entsetzt darüber gewesen, dass die NATO keine eigenen Soldaten schickte.

«Die USA wollten Russland in einen teuren Stellvertreterkrieg zu zwingen, der ganz den Interessen der USA entspricht. Das seit vielen Jahren vollkommen offen erklärte Ziel der USA ist es, Russland zu schwächen und am Ende seine Regierung zu stürzen und durch eine folgsamere, siehe Kiew, zu ersetzen. Ausserdem hat der Krieg in der Ukraine den USA auch die Möglichkeit gegeben, eine Propaganda-Offensive zu starten und die EU endgültig von Russland zu trennen.»

Waffenlieferungsgesetz bei russischem Einmarsch schon im Januar eingereicht

Die Medien meldeten in diesen Tagen, dass die USA ein neues Land-Lease-Gesetz verabschiedet haben. Ein solches Land-Lease-Gesetz (oder Leih-und-Pacht-Gesetz) hatten die USA bereits 1941 verabschiedet, um den Briten schneller Waffen für ihren Krieg gegen Nazi-Deutschland liefern zu können, die die Briten dann irgendwann in der Zukunft bezahlen sollten. So ein Gesetz ist nun auch für die Ukraine und ihren Kampf gegen Russland verabschiedet worden. Die Medien feiern, dass Washington nun noch schneller noch mehr Waffen gegen Russland liefern könne. Der US-Kongress hat bei der Einreichung über das Gesetz geschrieben:

«Mit diesem Gesetzentwurf wird vorübergehend auf bestimmte Anforderungen im Zusammenhang mit der Befugnis des Präsidenten, Verteidigungsgüter zu verleihen oder zu leasen, verzichtet, wenn die Verteidigungsgüter für die ukrainische Regierung bestimmt sind und zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Ukraine vor der russischen Militärinvasion erforderlich sind.»

«Das klingt in den Augen westlicher Strategen natürlich edel», schreibt Thomas Röper, «es hat aber einen Schönheitsfehler: Der Gesetzentwurf wurde am 19. Januar 2022 eingereicht, also während man offiziell noch mit Russland über gegenseitige Sicherheitsgarantien verhandelt hat und über einen Monat vor Beginn der russischen Operation. Das zeigt, dass man in den USA wusste, dass die Russen auf die Ablehnung von Sicherheitsgarantien militärisch reagieren würden. Die USA haben den Konflikt bewusst herbeigeführt und sich rechtzeitig darauf vorbereitet.»

Doch nicht nur in den USA habe man gewusst, was man tut. Auch zum Beispiel Kanzler Scholz sei informiert gewesen, was in den USA und der NATO geschehe, wenn man Russlands Forderungen nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien ablehne. So sagte er in der Tat am 27. März in der Talkshow von Anne Will deutlich, «... so ganz ungeplant war das nicht, die Eskalation in der Ukraine hat sich ja schon lange Zeit abgezeichnet...» (Video Min. 0:27) und die Russland-Sanktionen habe man «lange vor Kriegsausbruch» vorbereitet. (Min. 4:37)

Der US-geführte kollektive Westen habe Russland ganz bewusst so lange an die Wand gedrückt, bis Russland keine andere Möglichkeit mehr gesehen habe, als seine Sicherheit militärisch zu sichern. Und man habe sich – das zeigten das Datum des Land-Lease-Gesetzes und die Äusserungen von Scholz – darauf vorbereitet.

Die Überraschung und das Entsetzen im Westen nach dem russischen Einmarsch seien geheuchelt, man habe diese Situation vielmehr bewusst herbeigeführt, um den in Washington schon seit Jahren gehegten Wunsch umzusetzen, Russland in einem Stellvertreterkrieg zu schwächen und es von Europa zu trennen. Darüber sei in Washington seit Jahren sogar offen gesprochen worden. Das habe er schon in einem anderen Artikel behandelt.

In diesem weist er zum einen auf das zum Verständnis der US-Geopolitik wesentliche Buch «Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft» des einflussreichen US-Strategen Zbigniew Brzezinski hin, das bereits 1998 erschienen ist, und zum anderen auf einen weiteren einflussreichen Strategen Georg Friedman, der in einem verlinkten Video, das anzuhören ausserordentlich zu empfehlen ist, u.a. zu der zentralen Aussage kommt, die USA hätten seit dem Maidan-Putsch 2014 konsequent darauf hingearbeitet, die Ukraine entweder für sich zu militarisieren und Atomraketen fünf Flugminuten von Moskau entfernt aufzustellen, oder Russland dazu zu zwingen, das mit Gewalt zu verhindern. Und letzteres finde ja gerade statt. Siehe hier.

Quelle: <https://www.anti-spiegel.ru/2022/us-gesetz-zeigt-der-westen-hat-die-russische-militaeroperation-bewusst-provoziert/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/05/06/die-usa-haben-die-russische-militaeroperation-bewusst-provoziert-blicke-hinter-die-medialen-kulissen/>

Das Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild startet in Europa

uncut-news.ch, April 20, 2022

contrepointh.org: Die Stadt Bologna führt die «Tugendhafte Bürgerbörse» ein. Als tugendhaft definierte Verhaltensweisen werden einer Punktzahl entsprechen, die die Bürger von Bologna dann in der Zeit noch zu definierenden Losen ausgeben können.

Im Januar 2022 machte ich auf die zumindest überraschende Haltung aufmerksam, die einige französische Senatoren gegenüber den Ansätzen der chinesischen Regierung während der Krise, die wir durch-

lebt haben oder noch durchleben, eingenommen haben. In einem vorausschauenden Bericht bewundern sie auffällig den technologischen Lösungsansatz Chinas.

In demselben Bericht priesen sie – ohne Umschweife – alle Vorzüge der Methoden des Reichs der Mitte an, ohne dabei zu versäumen, einige seiner am stärksten zwangsbewehrten Ansätze aufzuwerten...

Tatsache ist, dass China als Referenz für soziale Kontrolle herangezogen wird – ob in Krisenzeiten oder nicht –, Anlass genug, um Fragen zu stellen. Wenn Provokation eine Sache ist, ist es dann nicht legitim, sich nach dem Ziel zu fragen, das mit diesem seltsamen Bericht verfolgt wird, der in seinen Absätzen jedes demokratische Ideal mit einer zumindest verwirrenden Auffassung von der Bedeutung der Achtung der öffentlichen Freiheiten, dem Eckpfeiler unserer Demokratien, verteidigt.

In demselben Artikel machte ich darauf aufmerksam, dass dieses in China eingeführte Sozialkreditsystem mithilfe des privaten Unternehmens Sésame Crédit nun auch in Frankreich Einzug gehalten hat: Wie bei Sésame Crédit ist die Technologie bereit zur Umsetzung, es geht nur noch darum, sie zu nutzen. Das Unternehmen Thales, das ein digitales Wallet entwickelt hat, betont auf seiner Website das Interesse der öffentlichen Hand an seiner Wunderlösung. Eine technologische Lösung, die den Behörden durchaus als Trittbrettfahrer dienen könnte, um eines Tages dem Beispiel Chinas zu folgen.

Von der Dystopie zur Realität: Die Einführung des «Tugendhaften Bürgers» in Bologna

Ich bin mir voll und ganz bewusst, dass, als ich die mittelfristige Einführung eines «obligatorischen Bürgerportfolios» in Europa und Frankreich mit allen damit verbundenen möglichen «Verbesserungen» (Belohnungen und Sanktionen) erwähnte, dies natürlich für einige als übertrieben galt:

«Ein rechtschaffener Bürger, der belohnt wird, und ein schlechter Bürger, der stigmatisiert oder bestraft wird – das gibt es bei uns nicht! Nicht in der Demokratie, dem Land des freien Denkens, der Gewissensfreiheit und des freien Willens (unter dem Deckmantel der Achtung des Rechts!).»

Es ist mir keineswegs angenehm, Lenin zu zitieren: «Die Tatsachen sind hartnäckig!» Leider wird sowohl für mich selbst als auch für diejenigen, die zu Recht an der Weitsicht meiner Ausführungen zweifeln konnten, der von mir angekündigte Sozialkredit nach chinesischem Vorbild einen ersten Fuss in unsere europäischen Demokratien setzen. Die ersten Europäer, die das Experiment wagen, sind unsere italienischen Nachbarn und Cousins... Die italienische Lokalpresse beginnt, darüber zu berichten. Der Sozialkredit, der den «tugendhaften Bürger» belohnt, wird demnächst in Bologna mit dem sogenannten smart citizen wallet eingeführt werden.

Natürlich wird dies zunächst auf freiwilliger Basis geschehen, natürlich wird es zunächst experimentell sein... Es wird jedoch erwähnt, dass die vorgeschlagene Briefftasche darauf abzielen wird, dem tugendhaften Bürger ein Maximum an Vorteilen zu verschaffen... Wenn man sich daran erinnert, dass die Beschränkungen nach chinesischem Vorbild über Italien nach Europa gebracht wurden, da China nicht aufgehört hat, Druck auf eines der am dramatischsten betroffenen europäischen Länder auszuüben, gibt es da nicht Anlass, ein wenig mehr Alarm zu schlagen?

Wie die Zeitung «Corriere di Bologna» berichtete, ist die Einführung des Portefeuilles des rechtschaffenen Bürgers für die Zeit nach dem Sommer 2022 geplant. Massimo Bugani, der mit der Raggi-Verwaltung an dem Projekt gearbeitet hatte, erklärt, dass die Idee dem Mechanismus einer Punktesammlung im Supermarkt ähnelt:

«Die Bürger werden anerkannt, wenn sie den Müll trennen, die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, gut mit Energie umgehen, keine Sanktionen seitens der Stadtverwaltung in Kauf nehmen und mit der Kulturkarte aktiv sind.»

Diese als tugendhaft definierten Verhaltensweisen entsprechen einer Punktzahl, die die Bologneser dann für Lose ausgeben können, die derzeit «noch definiert werden».

Diese Tatsachen sind traurig, aber sie sind da: Die Sortierung von guten und schlechten Bürgern durch die öffentliche Hand nach eigenen Kriterien wird in Europa immer konkreter. Was die Definition von Tugend betrifft, so ist das ein sehr gewagtes Unterfangen. Ist es richtig zu verstehen, dass jemand, der sich nicht den Kriterien der vorherrschenden Ideologien oder dem, was einige Politiker für tugendhaft halten, unterwirft, zunächst mit dem Entzug von Vorteilen bestraft wird, bevor er ausgegrenzt wird? Was wird in einem zweiten Schritt aus denjenigen, die sich nicht anpassen, aus denjenigen, die darauf beharren, ihr unveräusserliches Recht auf freien Willen auszuüben?

Die Projektträger räumen ein: «Die Frage der Privatsphäre und des Widerstands, auf den dieses Projekt bei den Bürgern stossen könnte, bleibt bestehen», und beeilen sich zu sagen: «Natürlich wird niemand zur Teilnahme gezwungen.» Sie sind jedoch überzeugt, dass sich angesichts der Vorteile, die den «guten» Bürgern gewährt werden, viele von ihnen anschliessen werden: «Wir möchten, dass sie verstehen, dass sie keine Verlierer sind, sondern dass ihr Verhalten belohnt wird.»

Man muss kein grosser Visionär sein, um den weiteren Verlauf des Experiments vorherzusehen: Meiner Ansicht nach wird es zunächst diejenigen geben, die teilnehmen, eine Teilnahme, die von den Initiatoren – auf äusserst reduzierte Weise (siehe Wirtschaftskrise, Kaufkraft, ungewisse Zukunft) – als erster Beweis für

den Bürgerwillen einiger Menschen dargestellt werden kann. Was die Verweigerer betrifft, so kann man mit dem Finger auf sie zeigen.

Italien hat China wie auch der Rest der Welt beobachtet und unter dem wiederholten Druck Chinas die Krise oft nachahmend bewältigt. Das gestern noch Unvorstellbare, der chinesische Sozialkredit, wird nach dem Sommer in einem demokratischen Land nach den von einigen Männern festgelegten Kriterien für tugendhaftes Verhalten Realität werden. So nehmen sich Politiker jenseits des Rechts – und ich betone diesen Punkt – und damit der absoluten Willkür dessen, was tugendhaft ist und was nicht, die Macht an, sich für die Bevölkerung zu definieren, was unter Tugend fällt, diese «Fähigkeit, Gutes zu tun, diese Veranlagung für gute Taten» ...

Wird es in Bologna dann darum gehen, sich allen vorherrschenden Ideologien sowohl in Bezug auf Ökologie, Wirtschaft, Energie, Kultur oder anderen Bereichen anzupassen? Muss man die richtigen Bücher lesen, ein Ayatollah der Windräder sein, ein Verfechter der Kernenergie usw.? Das ist zu befürchten, was sage ich, zu fürchten. Wenn man eine Büchse der Pandora öffnen müsste, um das demokratische Ideal und damit den freien Willen jedes Bürgers zu beenden, dann sind diese Zauberlehrlinge – die sicherlich gute Absichten haben – auf dem besten Weg, sie zu öffnen. Die Hölle ist natürlich immer mit guten Vorsätzen gepflastert. Nach den Belohnungen werden die Strafen kommen!

Wie ich bereits erwähnte, wird Bologna diesen Versuch nach dem Sommer 2022 starten...

Dieser Versuch wird meiner Meinung nach durch die finanziellen Schwierigkeiten vieler Bürger, die sich aus finanziellen Gründen daran beteiligen werden, völlig verzerrt sein. Dieser Wahnsinn wird vor dem Hintergrund der angekündigten Weltwirtschaftskrise, der Ungewissheit und der Angst vor dem Morgen stattfinden.

Es ist gut möglich – und denkbar –, dass viele Bürger in Bologna in dieser Initiative nur die Vorteile und Gewinne sehen, die damit verbunden sind, und nicht unbedingt die Gefährlichkeit der aufgestellten Falle ermessen. Eine Belohnung kann mit der Zeit zu einer Strafe führen, wie es in China der Fall ist. Die Zukunft wird es zeigen.

Neben diesem Experiment, das mit äusserster Aufmerksamkeit beobachtet werden muss, erscheint es mir sinnvoll, daran zu erinnern, dass auf europäischer Ebene eine Lösung geplant ist, die ein ähnliches Experiment in grossem Massstab ermöglicht...

Dieses Projekt einer «europäischen Briefftasche für digitale Identität» wird von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, geleitet, einer Präsidentin, die von den europäischen Bürgern in keiner Weise gewählt wird, wie wir uns erinnern sollten.

Sobald diese umgesetzt ist – wenn überhaupt – ist die Einführung eines europaweiten Sozialkredits nur noch eine Frage der Zeit, um – ganz im Sinne von Bologna – die europäischen Bürger zu belohnen, die von ihren jeweiligen Machthabern als tugendhaft angesehen werden.

Ist das eine Utopie? Man wird mir nun zugestehen, dass die Bologna-Initiative, die ich Ihnen zur Kenntnis bringe, den Verdienst hat, meinen Ausführungen Glaubwürdigkeit zu verleihen, dass das, was vollkommen undenkbar und unvernünftig erschien, nun im Herzen Europas ein festgesetztes Verfallsdatum hat!

QUELLE: LE CRÉDIT SOCIAL À LA CHINOISE S'INVITE AU CŒUR DE L'EUROPE

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-sozialkreditsystem-nach-chinesischem-vorbild-startet-in-europa/>

Die Demokratie ist tot ... lang lebe die Demokratie

uncut-news.ch, April 20, 2022



Das Wort «Demokratie» (demokratia) leitet sich von «demos» (Volk) und «kratos» (Macht) ab. Wörtlich übersetzt bedeutet es «Volksmacht». Es ist das beste Regierungsmodell, das je erdacht wurde. Daher ist es eine Schande, dass kein Mensch auf der Erde in einer Demokratie lebt.

Leider wissen die meisten Menschen nicht, was Demokratie ist. Daher kann man ihnen vorgaukeln, dass die sogenannte «repräsentative Demokratie» eine Demokratie ist. Den Wählern wird gesagt, dass die repräsentative Demokratie es ihnen ermöglicht, eine «demokratische Kontrolle» auszuüben, und dass dies etwas mit Demokratie zu tun hat. Was für eine Täuschung – und vielleicht eine bewusste.

Die repräsentative Demokratie ist nicht nur antidemokratisch, ihre Grundsätze werden von den Regierungen ohnehin ignoriert. In der Tat gibt es in keinem Land eine Demokratie. Regierungen, die auf der Idee beruhen, dass Vertreter ermächtigt sind, Gesetze zu erlassen, sind keine Demokratien.

In diesem Artikel werden wir die Probleme der repräsentativen Demokratie erörtern und untersuchen, was die bestmögliche Lösung sein könnte: echte Demokratie.

Der Tod der repräsentativen Demokratie

Demokratie hat nichts mit der Wahl von Vertretern zu tun. Der Grund dafür, dass die Bürger nicht von Politikern vertreten werden müssen, ist, dass in einer Demokratie das Volk alle politischen Entscheidungen selbst trifft.

Viele nationale Regierungen geben vor, demokratische Grundsätze zu schätzen. Sie beanspruchen oft das Recht, die Demokratie in ihrem Land zu verteidigen oder die Demokratie in anderen Ländern zu fördern. Keine der Regierungen, die solche Ansprüche stellen, ist demokratisch. Ihre Behauptungen führen oft zu Kriegen.

Wie bereits erwähnt, praktiziert derzeit kein Nationalstaat Demokratie, aber viele von ihnen geben ihren Bürgern eine repräsentative Demokratie vor. In einer Demokratie ist das Volk die Regierung. Es schützt sich selbst vor seinen eigenen potenziellen Fehlern und Exzessen durch die Kontrollmechanismen, die in der Rechtsstaatlichkeit eingebaut sind, die allein vom Volk bestimmt wird.

In einer repräsentativen Demokratie hingegen beansprucht die Regierung die Autorität, das Volk zu «regieren», und bildet zu diesem Zweck einen autokratischen Staat. Die sogenannte repräsentative Regierung «erlaubt» der Bevölkerung, ihre politischen Führer alle zwei, vier oder fünf Jahre zu wählen.

In den Jahren zwischen den Wahlen üben diese wenigen «Vertreter» die Exekutivgewalt aus, um über alle anderen zu herrschen. Diese Form der Regierung wird als Oligarchie bezeichnet und ist das Gegenteil einer Demokratie.



Die Oligarchie Grossbritanniens

Dennoch wurden die Menschen dazu «erzogen» zu glauben, dass eine Oligarchie eine Demokratie sei, und sie haben sich an dieses System gewöhnt. Sie glauben, dass die Oligarchie, die sie als ihre «repräsentative Regierung» bezeichnen, einige Grundprinzipien beachtet, die an und für sich würdig sind. Diese Grundsätze werden oft als demokratische Ideale bezeichnet.

Demokratische Ideale wurden über Tausende von Jahren von politischen Führern, Reformisten und Philosophen geprägt. Der britische Soziologe T. H. Marshall beschrieb die demokratischen Ideale 1949 in seinem Aufsatz «Citizenship and Social Class». Er bezeichnete sie als ein funktionierendes System von Rechten. Auch wenn demokratische Ideale bei weitem kein adäquater Ersatz für die Demokratie sind, erkannte Marshall, dass sie den Bürgern einer repräsentativen Demokratie zumindest einen gewissen Schutz vor den Launen der Oligarchie bieten, die sie wählen dürfen.

Die demokratischen Ideale umfassen bestimmte Rechte – das Recht auf Gedanken- und Meinungsfreiheit, einschliesslich des Rechts auf freie Meinungsäusserung und friedlichen Protest, sowie das Recht auf gleiche Gerechtigkeit und Chancengleichheit vor dem Gesetz. Offensichtlich sind diese Rechte unverzichtbar und unveräusserlich, denn ohne sie kann die repräsentative Demokratie nicht funktionieren.

Oligarchen regieren mit dem Ziel, die Interessen des Establishments zu schützen und zu fördern. Sie werden in hohe politische Positionen gebracht, um sicherzustellen, dass ein Nationalstaat hinter den Kulissen von den reichsten Einzelpersonen und Familien, den multinationalen Unternehmen, die sie besitzen, den Nichtregierungsorganisationen, die sie finanzieren, und den Banken, die sie kontrollieren, regiert wird. Das Establishment erreicht seine Ziele, indem es seinen Reichtum dazu nutzt, Lobbyarbeit zu betreiben und Politiker, politische Parteien und die politischen Prozesse zu korrumpieren, die zusammengenommen die sogenannte Regierung bilden. Sie gehen auch Partnerschaften mit der sogenannten «Regierung» ein. Über die Regierung ermöglichen öffentlich-private Partnerschaften den Mitgliedern des Establishments den direkten Zugang zur Exekutivgewalt, während er allen anderen verwehrt bleibt. Obwohl es in einer repräsentativen Demokratie angeblich unparteiische Richter und Staatsanwälte gibt, spiegeln ihre Entscheidungen oft kein gutes Urteilsvermögen oder tatsächliche Gerechtigkeit für den einfachen Mann oder die einfache Frau wider. Zwar sind nicht alle Richter korrupt, aber ein Angeklagter braucht in der Regel viel Geld, um einen Prozess zu gewinnen – ein Beweis dafür, dass der Hauptzweck des Justizsystems in einer repräsentativen Demokratie darin besteht, die Autorität des Establishments zu schützen.

Oft ist das Volk Opfer von Gerichtsentscheidungen.

Geschworenenprozesse sind in begrenztem Umfang zulässig, aber der Richter kontrolliert den Prozess und greift in ihn ein, indem er die Geschworenen «instruiert». Mitglieder des Establishments können den richtigen Richter für den richtigen Fall «ernennen» und die Gerichte zur Verfolgung von Bürgern nutzen, um andere davor zu warnen, ihre Autorität oder Interessen zu bedrohen.

Obwohl eine repräsentative Demokratie über Gesetzgeber verfügt, gilt ihre «Rechtsstaatlichkeit» nicht für alle gleichermassen. «Lex iniusta non est lex» (ein ungerechtes Gesetz ist kein Gesetz) ist angeblich ein Grundprinzip all dieser «Rechtssysteme». Daher kann die angebliche Rechtsstaatlichkeit, die von den Regierungen ausgeübt wird, nicht als irgendein Gesetz angesehen werden.

Während einige Proteste von repräsentativen Regierungen erlaubt, ja sogar gefördert werden, gelten andere Proteste nicht nur als inakzeptabel, sondern werden sogar von den Medien des Establishments angegriffen und von ihren «Partnern» in der Regierung unterdrückt. Darüber hinaus bedienen sich die repräsentativen Regierungen der käuflichen Gerichte, um Protestierende unrechtmässig zu inhaftieren.

Es ist auch schon vorgekommen, dass prominente Politiker Vollmachten erfunden haben, um das Vermögen von Demonstranten unrechtmässig zu beschlagnahmen.

Repräsentative Regierungen scheren sich nicht im Geringsten um das Recht auf freie Meinungsäusserung. Wenn ein Medienunternehmen nicht über die genehmigten Nachrichten berichtet, wird es verboten oder auf andere Weise zensiert, bis hin zum Entzug der Sendelizenz. Repräsentative Regierungen arbeiten routinemässig mit ihren Partnern im Establishment zusammen, um die freie Meinungsäusserung aktiv zu unterdrücken.

Das Parlament des Vereinigten Königreichs stellt fest, dass für das Bestehen seines Systems der repräsentativen Demokratie bestimmte Freiheiten aufrechterhalten werden müssen:

Die Vereinigungsfreiheit und die freie Meinungsäusserung sind stark geschützte Rechte. Wir erwarten zu Recht, dass die Menschen in der Lage sind, Dinge zu sagen, die herausfordern oder sogar schockieren, und dass sie sich organisieren, Kampagnen durchführen und Lobbyarbeit betreiben können. Die Demokratie [gemeint ist die repräsentative Demokratie] würde ohne diese Rechte nicht funktionieren.

Eine solche Sprache stellt die Befürworter repräsentativer Demokratien vor ein Dilemma, denn genau die Oligarchen, die sie gewählt haben und verteidigen, respektieren in Wirklichkeit keine dieser Freiheiten oder angeblichen Rechte. Ohne jeglichen Versuch, demokratische Ideale aufrechtzuerhalten, ist die repräsentative Demokratie also per Definition ein Ding der Unmöglichkeit.

Wir brauchen eine Lösung, und die Demokratie bietet eine solche.



Unveräusserliche Rechte vs. Menschenrechte

Die Demokratie beruht auf unveräusserlichen Rechten, nicht auf dem politischen Konstrukt der «Menschenrechte», die die repräsentativen Demokratien ihren Bürgern zu gewähren vorgeben.

Unveräußerliche Rechte werden durch nichts anderes als das Naturrecht «qualifiziert». Sie werden nicht von der Regierung gewährt.

Unveräußerliche Rechte sind selbstbegrenzend, da sie von jedem Menschen verlangen, die unveräußerlichen Rechte aller anderen Menschen zu achten, zu ehren und zu schützen – und niemals zu verletzen. Sie gehen einer echten Demokratie voraus, anstatt aus ihr hervorzugehen. Regieren kann man nur, wenn die Menschen ihre unveräußerlichen Rechte ausüben.

Die britische Oligarchie selbst erklärt, warum die Verirrung der repräsentativen Demokratie nicht im Entferntesten einer Demokratie ähnelt:

Umgekehrt ist die Demokratie [sprich: repräsentative Demokratie] zusammen mit der Rechtsstaatlichkeit selbst eine Voraussetzung für funktionierende Menschenrechte. Nur wenige Rechte sind absolut; viele sind eingeschränkt oder qualifiziert. Manchmal erfordert ein bestimmter Kontext, dass verschiedene Rechte gegeneinander abgewogen werden. Diese Beschreibung stellt eine Umkehrung der wahren Natur der Rechte dar. Unveräußerliche Rechte gelten für alle gleichermassen, ohne Ausnahme. Niemand kann Rechte hinzufügen oder mehr Rechte haben als ein anderer, noch kann jemand Rechte abziehen oder weniger Rechte haben als ein anderer.

Kein Mensch hat das Vorrecht, die Rechte eines anderen Menschen zu definieren oder zu «qualifizieren», auch wenn er behauptet, dass sein so genanntes «Recht» dies erlaubt. Die Definition und Einschränkung von Rechten ist keine Aufgabe der demokratischen Staatsführung. Es ist lediglich ein ungerechtfertigter Rechtsanspruch, den autoritäre repräsentative Regierungen erheben. In Wirklichkeit gibt es keine zusätzlichen Rechte. Der Glaube, dass sie existierten, ist eine ungeheuerliche Täuschung.

Indem sie das nicht vorhandene Recht beanspruchen, «funktionierende Menschenrechte» zu schaffen oder einzuschränken, massen sich die repräsentativen Oligarchien die Autorität an, diese «Rechte» zuzulassen oder zu verweigern. Man könnte also sagen, dass Menschenrechte keine Rechte sind, sondern vielmehr staatliche Erlaubnisse.

Repräsentative Demokratien wie das britische Parlament behaupten, sie seien «souverän». Sie wollen ihre Wähler glauben machen, dass sie ein weiteres – wenn auch unmögliches – Recht besitzen, die oberste Rechtsinstanz zu sein.

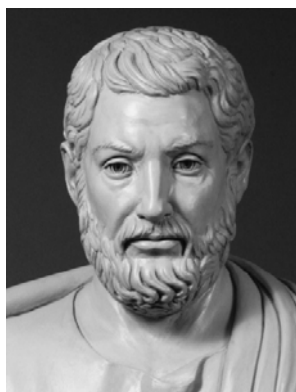
Dies ist eine antidemokratische Machtübernahme, die auf einer weiteren Lüge beruht. Nein, in einer Demokratie sind nicht die Institutionen der Regierung souverän, sondern das Volk.

Wir müssen uns nicht mit der Tyrannei der repräsentativen Demokratien oder der Regierungen, die sie betreiben, abfinden. Es gibt ein besseres politisches System, die Demokratie. Lassen Sie uns letzteres genauer untersuchen.

Was ist Demokratie?

Die Demokratie ist ein politisches System, das im antiken Griechenland erstmals von Kleisthenes (ca. 570–500 v. Chr.) formell eingeführt wurde. Nach dem Sturz des letzten Tyrannen von Athen (Hippias) um 508 v. Chr. leitete Kleisthenes die politischen und rechtlichen Reformen, mit denen die hellenische Athener Verfassung geschaffen wurde.

Kleisthenes führte die «Sortierung» ein, d. h. die zufällige Auswahl von Bürgern, deren Namen durch das Los gezogen wurden. Im Rahmen seiner Reformen schlug die Boule Gesetze vor, und die Ecclesia (Versammlung) debattierte die vorgeschlagenen Gesetze und stimmte über deren Umsetzung ab. Die bürgerlichen Mitglieder der Boule und der Ecclesia wurden durch das Los bestimmt.



Kleisthenes

Sobald ihre Arbeit getan war, wurden die Boule und die Ecclesia aufgelöst. Die Menschen kehrten in ihr Alltagsleben zurück. Wenn die Boule und die Ecclesia das nächste Mal gebraucht wurden, wurde erneut eine Auswahl getroffen und eine andere Gruppe von Personen ausgewählt.

Durch Sortierung wurden auch die Geschworenen gebildet, deren bürgerliche Mitglieder in den Dikasteria (Gerichten) sassen.

Die Geschworenen in der Dikasteria vertraten das höchste Recht des Landes. Sie konnten die Erlasse der Ecclesia aufheben. Dieses politische System ermöglichte es dem Volk, sowohl Gesetze (Statutenrecht) als auch aus Präzedenzfällen abgeleitetes Recht (Fallrecht) zu schaffen.

Das antike Griechenland war keine egalitäre Gesellschaft im modernen Sinne. Zum Beispiel war die volle Staatsbürgerschaft auf männliche, nicht versklavte athenische Landbesitzer beschränkt. Diese Bürger, die durch Auslese ausgewählt wurden, nahmen regelmässig an der Ecclesia (Versammlung) auf dem Berg Phynx teil. Dieser Marktplatz der Ideen und anderer ziviler Aktivitäten wurde Agora genannt.

Gesetzesentwürfe wurden der Ecclesia von der Boule vorgelegt. Die versammelte Versammlung (Ecclesia) stimmte dann über die Annahme oder Ablehnung der Gesetzesvorlagen ab oder schlug Änderungen vor. Wurde eine Änderung vorgeschlagen, wurde der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an die Boule zurückverwiesen.

Entscheidend ist, dass Kleisthenes die Dikasteria (die Gerichtshöfe) ermächtigte, jedes Gesetz aufzuheben, das sich in einem Schwurgerichtsverfahren als ungerecht erwies. Es gab keine Richter. Magistrate waren lediglich Verwalter des Gerichts. Wurde der Angeklagte für schuldig befunden, wurden sowohl das Urteil als auch die Art der Strafe von den Geschworenen festgelegt.

Wenn die vollständige Anwendung des Gesetzes (einschliesslich der Rechtsvorschriften) nicht der Gerechtigkeit diene, konnten die Geschworenen das Urteil aufheben. Der Angeklagte konnte zwar technisch gesehen gegen das Gesetz verstossen, aber dennoch für nicht schuldig befunden werden, wenn die Geschworenen der Ansicht waren, dass der Angeklagte ehrenhaft gehandelt hatte, ohne die Absicht, Schaden zu verursachen (*mens rea*).

In einem solchen Fall würde nicht der Angeklagte, sondern das Gesetz für schuldig befunden. Alle fehlerhaften Gesetze würden aus den Gesetzesbüchern gestrichen, und die Boule müsste das Gesetz im Lichte des Urteils der Dikasteria ändern oder abschaffen.

Aristoteles sollte später die athenische Verfassung beschreiben. Als 1870 die Teilaufzeichnungen von Aristoteles Schriften entdeckt wurden, fehlten leider seine Erläuterungen zu vielen der wichtigsten Reformen des Kleisthenes.

Richter James Wilson, einer der Gründerväter der US-Verfassung, wies auf den wahren Zweck der athenischen Verfassung hin:

In Athen waren alle Bürger gleichermassen berechtigt, an der öffentlichen Versammlung und an den Gerichten teilzunehmen, sei es in Zivil- oder Strafsachen. Sie [die Geschworenen] waren der Freiheit förderlich, weil sie nicht durch Intrigen beeinflusst werden konnten. In jeder einzelnen Sache wurden die Geschworenen neu gewählt und vereidigt [...] Niemand konnte sich unter sie mischen, sie bestechen oder ihre Entscheidungen beeinflussen. Sie waren ein wichtiges Gremium von Männern, mit grossen Befugnissen ausgestattet, Förderer der Freiheit und Feinde der Tyrannei.

Wilson fügte eine Darstellung hinzu, wie dieses System die Bürger befähigte. Jeder Bürger, so schrieb er, habe den gleichen Anteil an der politischen Macht, denn jeder sei ausgestattet mit ...

[...] der richterlichen Gewalt, als Geschworener im Geschworenenprozess zu dienen, in dem Gesetze und Massnahmen, die von gesetzgebenden Mehrheiten in der Versammlung verabschiedet wurden, beurteilt, aufgehoben und für nichtig erklärt werden konnten, wann immer dies von den Geschworenen als notwendig erachtet wurde, um der Gerechtigkeit, der Freiheit und den Interessen des Volkes zu dienen. [...] Die Geschworenen müssen ihre Pflicht tun, und zwar ihre ganze Pflicht: Sie müssen sowohl über das Recht als auch über die Tatsache entscheiden.

Kleisthenes schuf ein Regierungssystem, in dem die Rechtsordnung durch eine Volksabstimmung geschaffen wurde. Eine separate Versammlung von Bürgern würde dann das Gesetz durch den Mechanismus der Geschworenenprozesse anwenden.

Die zufällig ausgewählten Geschworenen des Volkes waren das oberste Gesetz des Landes. Das Volk war souverän. Dieses politische System, das Regieren durch Geschworenengerichte, wurde *demokratia* (Demokratie) genannt. Wen repräsentieren sie wirklich?

Die Auswirkungen einer modernen Demokratie

Da die Demokratie sicherstellt, dass eine Regierung von der Bürgerschaft geführt wird, dient sie natürlich dem Willen aller Bürger. Durch das System der Wahl werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger kurzzeitig mit einer gewissen Gesetzgebungsbefugnis ausgestattet. Dann machen sie Platz für die nächste Runde der Wahl. Alle neuen Gesetze werden von den Geschworenen geprüft. Wird ein Gesetz für unzureichend befunden, kann es durch eine Volksabstimmung für ungültig erklärt werden.

Infolgedessen hat keine Regierung Autorität über das Volk. Es gibt keine Institution, die in der Lage wäre, ungerecht zu regieren. Die Regierung ist lediglich der Apparat, mit dem das Volk seine Angelegenheiten verwaltet und alle anfallenden Probleme angeht. Demokratie ist die Rechtsstaatlichkeit ohne Herrscher.

Bürgerinnen und Bürger, die in einer Demokratie leben, können ihre Verantwortung für die Entscheidungsfindung nicht auf jemand anderen abwälzen. Jeder Bürger ist gleichermassen verantwortlich für jede Entscheidung und für das Verhalten der Gesellschaft als Ganzes. Demokratie ist wirklich eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Sie definiert neu, was wir unter dem Wort «Regierung» verstehen.

Die Staatsbediensteten, wie Polizei, Richter und andere Beamte, setzen den Willen des Volkes um und dienen ihm. Der Wille des Volkes wird ständig geprüft und, wenn die Umstände es erfordern, passt sich an.

Eine demokratische Gesellschaft erfordert die aktive und ständige Beteiligung jedes einzelnen Bürgers. Jeder Bürger kann jederzeit aufgerufen werden, seinen Platz im Boule, in der Ecclesia oder in einer Jury in der Dikasteria einzunehmen. Die Bürger sind ständig in den Regierungsprozess eingebunden, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Alle Bürger in einer Demokratie haben die Pflicht, sich zu informieren und sich aktiv für Gerechtigkeit einzusetzen.

Folglich besteht in einer Demokratie das vorrangige Ziel der Bildung darin, die Fähigkeit zum kritischen Denken zu entwickeln. Die Demokratie verlangt, dass jeder erwachsene Bürger – zu den heutigen Bürgern gehören auch Frauen und sie sind nicht unbedingt Grundbesitzer – bereit ist, seinen feierlichen Eid zu leisten, die Gerechtigkeit zu schützen und ihr zu dienen. Alle demokratischen Menschen müssen sich darauf vorbereiten, die Rechtsstaatlichkeit zu praktizieren.

Da die Demokratie allen Bürgern die Pflicht auferlegt, kritische Denker zu sein, die in der Lage sind, potenziell komplexe Sachverhalte zu verstehen, Beweise zu prüfen und mit Augenmass zu handeln, gibt es die von den Nachrichtenmedien verbreitete Propaganda kaum noch. Es gibt einfach keinen Markt für sie.

Zugegeben, einige Bürger würden sich in einer Demokratie immer noch zu Interessengruppen zusammenschliessen und versuchen, die öffentliche Meinung durch Propaganda zu beeinflussen, aber die Mehrheit der Menschen, die in kritischem Denken geschult ist, würde sich von solchen Täuschungen nicht so leicht täuschen lassen. Die Wahrscheinlichkeit, dass politische Entscheidungen durch Propaganda beeinflusst werden, wird durch das Wahlrecht erheblich verringert.

Die wichtigste Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft ist die Rechtsprechung. Dies erfordert ein umfassendes Gerichtssystem (Dikasterien). Das Netz der Dikasterien muss so finanziert werden, dass der Zugang zur Justiz für alle frei ist, wenn sie ihn brauchen. Andernfalls würde der Reichtum weiterhin den Zugang zum Recht bestimmen. Gekauftes Recht ist kein Recht und darf in einer Demokratie nicht vorkommen.

Die Demokratie dezentralisiert die Macht auf den Einzelnen. Sie erfordert auch eine Dezentralisierung der Regierungsinstitutionen (Regierung). Kein einziges Gericht (Dikasteria) hat Vorrang. Eine Entscheidung, die in einem Bezirk oder einer Stadt getroffen wird, um ein nationales Gesetz ausser Kraft zu setzen, hat die gleiche Autorität wie eine Entscheidung, die in der nationalen Hauptstadt getroffen wird.

Um die Demokratie in grossem Massstab zu verwirklichen und einer Bevölkerung von mehreren Millionen Menschen zu dienen, könnten eine nationale Boule, eine Ecclesia und eine Dikasteria eingerichtet werden, um das Primärrecht zu erlassen, das die Rechtsstaatlichkeit prägt. Die dezentralisierten Behörden der einzelnen lokalen Boule, Ecclesia und Dikasteria müssten sich an diesen landesweiten Rechtsrahmen halten.

Jede lokale Boule und Ecclesia wäre frei, lokale Gesetze zu erlassen, die den lokalen Bedürfnissen entsprechen, vorausgesetzt, dass ihre Gesetzgebung nicht gegen die nationale Rechtsstaatlichkeit verstösst. Auch diese lokalen Entscheidungen würden von der lokalen Dikasteria ständig kontrolliert und überprüft werden. Ein lokaler Aufhebungsbeschluss kann sich nur auf die lokale Gesetzgebung auswirken und die lokale Boule dazu zwingen, eine Entscheidung zu überdenken.

In einem solchen System muss die übergreifende Rechtsregel gerecht sein und für alle gleichermassen gelten. Ohne Gerechtigkeit wäre es für die nationale Boule praktisch unmöglich zu funktionieren.

Die primäre Gesetzgebung muss für alle Bürger akzeptabel sein, unabhängig von ihrem sozialen Status. Die Gesetzgebung auf nationaler Ebene muss sich daher auf die Festlegung von Rechtsgrundsätzen beschränken und darf keine spezifischen Gesetze schaffen, die die gesamte Bevölkerung regeln. Sowohl der Umfang als auch das Ausmass der Gesetzgebung und Regulierung ist in einer Demokratie im Vergleich zu einer repräsentativen Demokratie oder einer anderen «Regierungsform» verschwindend gering.

In der Dikasteria ist die Frage von Schuld oder Unschuld das einzige Kriterium für die Gerechtigkeit. Schuld wird nur dann festgestellt, wenn das Verbrechen gegen die Grundsätze des Naturrechts verstösst. Hat der Angeklagte in der Absicht gehandelt, Schaden zu verursachen? Oder hat der Angeklagte fahrlässig gehandelt und dadurch einen Schaden verursacht? Das Urteil in einem Fall darf nicht gegen das Naturrecht verstossen. Ist dies der Fall, wird es für nichtig erklärt.

In einer Demokratie verfügen alle Bürger von Geburt an über unveränderliche, unveräusserliche Rechte. Es steht ihnen frei, diese unveräusserlichen Rechte in ehrbarer Weise auszuüben – im Einklang mit dem

Naturrecht. Verursachen sie Schaden oder Verluste und verletzen sie damit die unveräusserlichen Rechte eines anderen Bürgers, so werden sie in der Dikasteria verurteilt.

Die Anwendung der Sortierung (die zufällige Auswahl der Bürger) und die zeitlich begrenzte Entscheidungsbefugnis jedes Bürgers gewährleisten, dass sich keine politischen Fraktionen bilden können. Kein Bündnis, kein Versuch, persönliche Interessen durchzusetzen, kann die Regierung in einer Demokratie beeinflussen.

In jedem Fall wäre es sinnlos, dies zu versuchen. Ungerechte Gesetze und Präzedenzfälle, die im Nachhinein als ungerecht empfunden werden, würden durch die oberste Rechtsinstanz, die von den Geschworenen in den Dikasterien im ganzen Land ausgeübt wird, für nichtig erklärt.

Politiker und politische Parteien würden in einer Demokratie keinen Zweck erfüllen. Eine wirklich demokratische Regierung wird nicht von einer Person oder Partei geführt. Demokratische Entscheidungen können nicht von irgendeiner Machtbasis angeordnet oder kontrolliert werden.

In einer Demokratie ist es den Bürgern nicht untersagt, sich für Veränderungen einzusetzen. Im Gegenteil, es steht den Menschen frei, Petitionen an ihre lokale oder nationale Boule zu richten. Eine demokratische Gesellschaft wird von neuen Ideen geprägt und reagiert bei Bedarf auf Krisen.

Auch wenn es keine Politiker gibt, können sich die Menschen in einer Demokratie immer noch dafür entscheiden, führenden Aktivisten, geschickten Rednern oder sachkundigen Führern zu folgen. Was sie nicht tun können, ist, die kollektive Macht, die ihnen ihre Vereinigung verleiht, auszunutzen oder erfolgreich zu versuchen, den Gesetzgebungsprozess zu erzwingen oder zu korrumpieren. Das Wahlrecht schliesst diese Möglichkeit aus.

Die Demokratie beseitigt die politische Macht. Sie wäre praktisch unbestechlich.

Demokratische Regulierung

Die Sekundärgesetzgebung, d.h. die Übertragung politischer Befugnisse auf Personen, die durch die Primärgesetzgebung ermächtigt wurden, ist in einer Demokratie nicht möglich. Eine demokratische Exekutivgewalt gibt es nicht.

In einem Rechtsstaat sind alle gleich, und keine Person, Gruppe oder Organisation kann mit Rechten ausgestattet werden, die es nicht gibt. Das gilt auch für das behauptete Recht, autokratische Regelungen zu treffen.

Das bedeutet nicht, dass es in einer Demokratie keine Regelungen geben kann. Die Ecclesia kann zum Beispiel Vorschriften über die Sicherheit von Lebensmitteln oder Medikamenten erlassen. Dies dient dem Schutz der Gesundheit der Bürger und deckt sich mit dem Naturrecht. Der demokratische Rechtsstaat schreibt vor, dass diese Vorschriften die unveräusserlichen Rechte von niemandem verletzen und keinen Schaden oder Verlust verursachen dürfen.

Wenn eine Regelung einige Erzeuger und Hersteller in unfairer Weise benachteiligt, während sie anderen einen Marktvorteil verschafft, könnte sie einen potenziellen Schaden oder Verlust verursachen. Den Betroffenen stünde es frei, die Dikasteria anzurufen, die dann über die Rechtmässigkeit der Verordnung entscheiden würde.

In jeder Demokratie ist es Sache des Volkes zu entscheiden, wie das richtige Gleichgewicht gefunden werden kann. Die kommerziellen Interessen von Landwirten, Einzelhändlern und Pharmakonzernen werden zum Beispiel gegen die Notwendigkeit abgewogen, das unveräusserliche Recht aller Menschen auf ein gesundes Leben zu wahren. Letztendlich mag dies die kommerziellen Interessen einiger benachteiligen, aber niemand hat das unveräusserliche Recht, Profit zu machen, indem er andere vergiftet.

In einer Demokratie kann eine Marktregulierung niemals ungerechterweise Schaden oder Verluste für einige verursachen, nur um die Interessen anderer zu schützen. Jede derartige Regulierung würde in einer Dikasteria schnell beseitigt werden.

Die Demokratie eignet sich gut für das Funktionieren eines wirklich freien Marktes – etwas, das, wie die Demokratie, derzeit nicht existiert. Freie Märkte schaffen Ordnung ohne Planung.

Es gibt kein unveräusserliches Recht auf Wohlstand in einem freien Markt. Einige werden in einem freien Markt erfolgreicher sein als andere. Die Demokratie hindert niemanden daran, Reichtum anzuhäufen, noch schützt sie andere davor, in Armut zu geraten. Allerdings schliesst die Demokratie die Möglichkeit aus, dass Reichtum die Gerechtigkeit oder die Entscheidungen der Regierung beeinflussen kann.

Die derzeitige repräsentative Oligarchie ermöglicht es den Reichen und Mächtigen, Gesetze und Vorschriften zu beeinflussen, um ihre Interessen zu schützen und den Marktzugang anderer zu beschränken. In einer Demokratie wäre ihnen dies nicht möglich. Die Regulierung der Märkte ist in einer Demokratie minimal. Es können keine Gruppen gebildet werden, die als Regulierungsbehörden fungieren und möglicherweise vertraute Beziehungen zu Unternehmen aufbauen. Stattdessen werden Regulierungen in einer demokratischen Gesellschaft durch ein einziges Verfahren vorgenommen: die Menschen, die die Rechtsstaatlichkeit verwalten.

In der Demokratie kann sich ein echter freier Markt entfalten und die Innovation gedeihen. In einem solchen System gibt es keine zentrale Kontrolle der Branchen – Gesundheitswesen, Ingenieurwesen,

Technologie, Landwirtschaft – oder der Wissenschaft oder der Hochschulen. Die Orthodoxie würde der Vergangenheit angehören.

Die Demokratie würde nicht zwangsläufig verhindern, dass ein Unternehmen als Einzelperson rechtlich anerkannt wird. Aber genau so würde ein Unternehmen behandelt werden – als individuelle Einheit, mit nicht mehr und nicht weniger Rechten als ein einzelner Mensch. Die Gründung einer Gesellschaft würde ihr keine zusätzlichen, unveräusserlichen Rechte verleihen. Somit könnten weder Geld noch Verbindungen die Justiz oder die Regierung beeinflussen. Es gäbe keine Politiker oder Regulierungsbehörden, mit denen man in Verbindung treten könnte – also gäbe es auch niemanden, der korrupt wäre!

In der Tat können korrupte Gesetze oder Vorschriften in einer Demokratie nicht überleben. Wenn die Ecclesia beispielsweise ein Gesetz erlassen würde, das Ärzten oder Wissenschaftlern die Erforschung von Krebsbehandlungen verbietet, nur um die Profite von Pharmaunternehmen zu schützen, würde dieses Gesetz in einer Dikasteria mit Sicherheit aufgehoben werden.

Der gleichberechtigte Zugang zum Recht ist das Kernziel einer echten «demokratischen Regierung». Folglich gibt es kein finanzielles Hindernis für jeden einzelnen Bürger, einen Fall gegen eine «Person» eines Unternehmens vorzubringen. Ein Mensch, der in der Dikasteria vor Gericht steht, hätte genau den gleichen Zugang zur Justiz wie ein wohlhabendes Unternehmen.

Schlussfolgerung?

Wir stehen vor einer Wahl. Es ist klar, dass die repräsentative Demokratie dem Volk nicht dient. Im Gegenteil, sie ist ein oligarchisches System, das die Menschen unterdrückt. Selbst nach den Grundsätzen ihrer eigenen autoritären Doktrin praktizieren die so genannten repräsentativen Regierungen nicht mehr, was sie predigen, wenn sie es überhaupt jemals getan haben. Die repräsentative Demokratie, wie sie die Mehrheit von uns versteht, ist mit Sicherheit tot.

Womit werden wir sie also ersetzen?

Es liegt auf der Hand, was die globalistischen Oligarchen mit uns vorhaben. Sie stellen sich ein globales Regierungssystem vor, das als Technokratie funktioniert, angetrieben durch die vierte industrielle Revolution, einen grossen Reset, eine digitale Zentralbankwährung und andere zentralisierte, digitale Formen der Kontrolle der Massen. Mit anderen Worten: Die heutige Oligarchie bewegt sich offen und schnell auf einen extremen Neo-Feudalismus zu, mit der ausdrücklichen Absicht, die Menschheit zu versklaven.

Wir müssen uns diesem technokratischen Albtraum durch massenhafte Nichtbefolgung widersetzen. Darüber hinaus müssen wir jeden Tag individuell Massnahmen ergreifen, um uns in Richtung Dezentralisierung und Freiheit und weg von der zentralisierten Tyrannei zu bewegen. Es hat jedoch wenig Sinn, das eine oder andere politische System zu bekämpfen, wenn wir nichts Besseres an seiner Stelle anzubieten haben.

Wenn wir uns also gegen die Sklaverei wehren wollen, müssen wir für etwas eintreten, das die Sklaverei besiegt. Warum nicht für das Naturrecht und die Rechtsstaatlichkeit durch ein Schwurgerichtsverfahren?

Warum nicht Demokratie?

QUELLE: DEMOCRACY IS DEAD...LONG LIVE DEMOCRACY

ÜBERSETZUNG: AXEL

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-demokratie-ist-tot-lang-lebe-die-demokratie/>

Hinweis: Der nachfolgende Artikel wurde bereits in der Sonderausgabe Nr. 9 des FIGU Zeitzeichens veröffentlicht, jedoch leider nur unvollständig, weshalb wir ihn hier nochmals in seiner ganzen Länge wiedergeben:

Ja, ich bin ein Verschwörungsrealist: Alle Regierungen sind Verschwörungen

Uncut-news.ch, 20. April 2022

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte ist die westliche Zivilisation in Gefahr, von einer korrupten, kriminellen herrschenden Kabale im Inneren zerstört zu werden, die sich um die Rockefeller-Interessen dreht, zu denen auch Elemente der Morgan-, Brown-, Rothschild-, Du Pont-, Harriman-, Kuhn-Loeb- und anderer Gruppierungen gehören. Diese Junta übernahm die Kontrolle über das politische, finanzielle und kulturelle Leben Amerikas in den ersten beiden Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts. – Carroll Quigley, «Tragödie und Hoffnung»

Der von der CIA geschaffene und weit verbreitete Begriff «Verschwörungstheoretiker» – ein Begriff, der erfunden wurde, um jede Infragestellung des politisch geplanten Mordes an JFK durch die CIA, das FBI, Johnson und andere an den Rand zu drängen – wird auch heute noch häufig verwendet. Es wird immer noch verwendet, um jedes stichhaltige Argument, jede Tatsache oder sogar jede Diskussion über eine Ab-

weichung von der staatlich geförderten Darstellung zu unterbinden. Jeder, der diese ignorante, idiotische und nutzlose Phrase als «Argument» verwendet, sollte sofort ignoriert werden, da er nicht die Intelligenz besitzt, mit einem kritisch denkenden Menschen zu sprechen. Darüber hinaus verdienen diejenigen, die diesen Begriff verwenden, keinen Respekt und keine Antwort, da sie bereits jede Möglichkeit des Zuhörens oder Denkens aufgegeben haben.

Wir leben in einem Land, in dem alles, was vom Staat kommt, auf Lügen und Täuschung beruht, um eine Regierungsverschwörung entweder zu unterstützen oder zu vertuschen. Denken Sie daran, dass die Definition des Wortes «Verschwörung» eine geheime Absprache zwischen zwei oder mehreren Personen ist, um eine schädliche oder illegale Handlung durchzuführen. Das Wort stammt aus dem Lateinischen und bedeutet wörtlich «gemeinsam atmen», «sich einigen», «sich zusammenschliessen» oder «sich verschwören». Jede Regierung, vor allem die amerikanische, ist völlig konspirativ. Die Wahrscheinlichkeit, dass irgendeine Wahrheit vom Staat, von der staatlichen Bürokratie, von den staatlichen Lakaien in der Strafverfolgung oder beim Militär oder von den vom Staat kontrollierten Mainstream-Medien kommt, ist nahe Null. Wenn irgendwelche Fakten in Betracht gezogen werden, kann alles, was den Massen erzählt wird, sofort als schädliche Propaganda und somit als Verschwörung angesehen werden.

In Anbetracht der Geschichte der Vereinigten Staaten, ihrer versteckten Pläne, ihrer geheimen Absprachen, ihrer Vertuschungen, ihres Missbrauchs gegen die Freiheit und ihre eigenen Bürger, ihrer Brutalität und ihrer Kriege gegen die Menschheit sollte jede einzelne Äußerung des Staates zunächst ignoriert und gründlich seziert werden, bevor sie akzeptiert wird. Sind die Lügen und Verschwörungen erst einmal aufgedeckt und die Wahrheit gefunden und angenommen, sollte in Zukunft automatisch Vorsicht geboten sein – aber das war noch nie der Fall.

Während der Machtmissbrauch in den USA bereits sein hässliches Gesicht zeigte, begann die amerikanische Ära der Täuschung, der Lügen und der Verschwörung mit den sogenannten «Gründervätern» und ihren Versuchen, in den Köpfen der Massen die Notwendigkeit einer mächtigen Zentralregierung zum Schutz ihrer Freiheit zu verankern. Vor diesem Hintergrund entwarfen sie im Geheimen, in der Dunkelheit der Nacht und hinter verschlossenen Türen ein politisches Dokument, um die Artikel der Konföderation zugunsten einer vollständig zentralisierten, unbegrenzten Regierung über das Volk unter dem falschen Deckmantel der Freiheit und mit Hilfe der ruchlosen Verfassung vollständig zu beseitigen. Das war nach Ansicht dieses Autors der Anfang vom Ende dieses Landes.

Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass die Anfänge dieses Landes im Jahr 1776 liegen, als die Artikel der Konföderation verfasst wurden. Das ist eine Geschichte von 246 Jahren, und in dieser Zeit haben die USA etwa 230 Jahre lang aggressiv Krieg geführt. Man könnte argumentieren, dass es nie eine Zeit gab, in der diese Regierung nicht entweder einen Angriffskrieg plante oder aktiv führte. Heute führen die Regierung dieses Landes und ihre Vollstrecker einen Krieg gegen die gesamte eigene Bevölkerung sowie gegen viele Menschen auf der ganzen Welt.

Um zu verdeutlichen, dass die Verschwörung der Regierung andauernd und für immer ist, ist eine komprimierte Zeitleiste der Missbräuche notwendig. Denken Sie daran, dass nur einige wenige Ereignisse, die das Leben verändert haben, erwähnt werden, da die Liste der von der herrschenden Klasse dieses Landes begangenen Verschwörungen nicht nur immens ist, sondern auch fortgesetzt wird.

Da waren natürlich die Kriege, das Morden und Abschlachten der Indianerstämme und der Raub ihres Landes. Hinzu kommt die Tatsache, dass der grösste Teil der heutigen USA den einheimischen Besitzern gestohlen wurde, einschliesslich des Louisiana-Kaufs mit einem konspirativen Deal mit Frankreich, der Annexion der gesamten Landmasse Mexikos, des gesamten Westens, Hawaiis, Alaskas und aller Gebiete ausserhalb des Festlands. Die meisten dieser Übernahmen waren auf geheime Absprachen und reinen Diebstahl zurückzuführen, aber die grössten und abscheulichsten Verschwörungen begannen mit dem Eintritt in das, was fälschlicherweise als «Bürgerkrieg» bezeichnet wird, ein Krieg gegen Amerikaner; dann die lebensverändernden Gräueltaten des Ersten Weltkriegs, und diese Gräueltaten haben bis heute angehalten und werden wahrscheinlich noch weit darüber hinaus andauern.

Kriegsverschwörungen

Der «Bürgerkrieg», der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg, Korea, die Schweinebucht auf Kuba, Vietnam, der Golfkrieg, der Stellvertreterkrieg gegen den Iran, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, der gesamte fingierte «Krieg gegen den Terror» und jetzt der von den USA inszenierte und unterstützte Krieg in der Ukraine sind nur einige der von dieser Regierung begangenen Gräueltaten.

Dies ist nur eine Handvoll aller konspirativen Kriege und Putsche, für die die USA direkt verantwortlich sind, denn die Liste ist in den letzten 246 Jahren fast endlos. Es ist nützlich zu verstehen, dass alle sogenannten Begründungen für die Teilnahme an einem dieser und anderer Kriege und «Konflikte» inszenierte Falschflaggen oder schlichtweg Lügen waren. In der Neuzeit haben die USA und ihre Grosskonzerne aggressive Kriege zu jeder Zeit abgesprochen, finanziert, bewaffnet und voll unterstützt. Der Auslöser für den Bürgerkrieg war ein vom bösen Lincoln inszeniertes Komplott unter falscher Flagge in Fort Sumter. Der Angriff auf die Lusitania war kein Angriff auf unschuldige Zivilisten, wie berichtet, sondern eine Kriegs-

verschwörung, die zuvor der Bevölkerung dieses Landes angekündigt, aber ignoriert worden war, und war eines der Ereignisse, die inszeniert wurden, um Unterstützung für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg zu gewinnen. Der «Angriff» auf Pearl Harbor war vollständig inszeniert und lange im Voraus bekannt, damit Franklin D. Roosevelt breite Zustimmung für den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gewinnen konnte. Tatsächlich finanzierten und unterstützten die USA und amerikanischen Unternehmen und Banken Hitlers Aufstieg zur Macht, und zwar von der Zeit vor 1930 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Gleiche gilt für den Aufstieg der Bolschewiki in der Sowjetunion, die totale Unterstützung für das böse Monster Stalin und den Aufbau der russischen Kriegsmaschinerie, einschliesslich der Unterstützung beim Aufbau des russischen Atomwaffenarsenals bis zum und durch den gesamten Kalten Krieg. Chinas innenpolitischer und militärischer Aufbau wurde ebenfalls fünf Jahrzehnte lang mit voller US-Beteiligung durchgeführt, da alle diese Nationen und ihre brutalen Herrscher von den USA unterstützt wurden und grösstenteils auch heute noch werden.

Auch der «Krieg gegen den Terror», eine bestenfalls unsinnige Beschreibung, wurde komplett inszeniert, um mehr und mehr Macht gegen die eigene Bevölkerung zu erlangen und gleichzeitig lang geplante geopolitische Agenden zum Nachteil der meisten Menschen auf der Welt voranzutreiben. 9/11 war ein Insider-Job, ein mörderischer Schwindel (falsche Flagge) mit dem Ziel, Geld, Macht und Kontrolle über das gesamte Land zu erlangen und gleichzeitig einen aggressiven Krieg im gesamten Nahen Osten und darüber hinaus zu ermöglichen. Dies war eine riesige Verschwörung – um das Mindeste zu sagen.

Und jetzt wird die Welt von der so genannten „Elite“ übernommen, und fast jede Nation führt Krieg gegen ihre eigenen Bürger. Dabei sind die «Covid»- und Russland/Ukraine-Verschwörungen unter falscher Flagge Dreh- und Angelpunkt in diesem Betrug, wie er von dieser und anderen Regierungen, der WHO, der CDC und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) definiert wird; alles offen und ohne Deckung. Es handelt sich um eine seit langem geplante Verschwörung, die seit mindestens zwanzig Jahren läuft, aber schon Jahrzehnte früher begann. Nichts davon bleibt verborgen und ist leicht als Verschwörung zu erkennen. Sogar der «Krieg» zwischen Russland und der Ukraine ist eine andauernde Situation, die von den USA seit mindestens zwei Jahrzehnten finanziert, unterstützt und bewaffnet wird; alles verschwörerisch.

Wir befinden uns jetzt mitten im Dritten Weltkrieg, und dies ist eine weitere Verschwörung, die darauf abzielt, die Gesellschaft zu «erledigen», um die Agenda 2030, wie sie von der UNO skizziert und vom WEF weit im Voraus angenommen wurde, physisch zu übernehmen. Diese Verschwörung ist bereits im Gange, soll aber Teil der endgültigen Übernahme der Gesellschaften weltweit sein. Die Regierungen der einzelnen Länder bekriegen sich gegenseitig in dem Bemühen, eine «Eine-Welt-Regierung» mit unbegrenzter Macht zu bilden, die von den wenigen technokratischen Köpfen dieses vorgeschlagenen neuen globalen Regierungssystems kontrolliert wird, das schamlos als «The Great Reset» bezeichnet wird.

Ja, es gibt nicht viele «Verschwörungstheorien», nur Verschwörungsfakten und Realität. Fast jede Verschwörung, die von den willfähigen Massen ignoriert und jahrzehntelang als «Verschwörungstheorie» betrachtet wurde, ist wahr geworden. Die meisten versuchen jedoch immer noch, jede glaubwürdige Debatte an den Rand zu drängen oder auszuschalten, indem sie behaupten, dass nur wenige Regierungsmassnahmen eine Verschwörung darstellen, obwohl das genaue Gegenteil nicht nur der Fall ist, sondern sich immer wieder als echte Verschwörung erwiesen hat.

Wenn es die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder die gleichen Dinge zu tun und dabei ein anderes Ergebnis zu erwarten, dann kann man nur zu dem Schluss kommen, dass der grösste Teil der Menschheit wahnsinnig ist. Wenn das der Fall ist, was ziemlich offensichtlich zu sein scheint, was soll dann aus denjenigen von uns werden, die wissen, dass wir in einer verschwörerischen Welt leben? Was soll mit denen geschehen, die nichts glauben und alles in Frage stellen? Was ist, wenn wir, die wir verstehen, was wirklich vor sich geht, die einzigen sind, die bereit sind, Widerstand zu leisten und sich niemals fügen? Was ist, wenn wir, die wir die persönliche Verantwortung für uns und die Unsrigen übernehmen, die einzigen sind, die bereit sind, alles zu riskieren, um unsere Freiheit zu retten? Was ist, wenn es uns nicht gelingt, andere davon zu überzeugen, sich zu wehren? Wenn wir besiegt werden, was soll dann aus allen anderen werden? Es gibt nur eine Antwort auf diese Frage: Alle, die übrig bleiben, werden Sklaven sein, die vom bösen Staat abhängig sind, der die totale Kontrolle über ihren Geist, ihren Körper und ihre Seele beansprucht. Das, meine lieben Mitmenschen, ist die Hölle!

Der Grund, warum es schwierig ist, liegt darin, dass wir darauf konditioniert wurden, über Verschwörungstheorien zu lachen, und nur wenige Menschen riskieren, sich öffentlich lächerlich zu machen, indem sie sie vertreten. Andererseits ist es absurd, die zufällige Sichtweise zu befürworten. Fast die gesamte Geschichte ist eine ununterbrochene Spur einer Verschwörung nach der anderen. Verschwörungen sind die Regel, nicht die Ausnahme. – G. Edward Griffin, (1995 «The Creature from Jekyll Island: A Second Look at the Federal Reserve».)

Quelle: Yes, I am a Conspiracy Realist: All Government Is Conspiracy

Übersetzung: Axel

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle

vernünftigen Menschen der Erde, an alle FIGU-Interessengruppen, FIGU-Studiengruppen und FIGU-Landesgruppen und damit an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Spreading of the Correct Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread “death rune” which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the “death rune” means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the “death rune”, disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the “death rune”, which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-“ausartung” and terribleness in the reflecting and striving of the human being, as this is still being extremely carried on after the end of the last world war 1939–1945 until the current time.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internet veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: www.figu.org/ch

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier /././ Telephon +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h – 19.00 h) / Fax +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert, senden wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

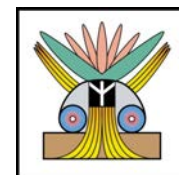


© FIGU 2020

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz